ifo Branchen-Dialog 2009

Am 26. Oktober 2009 veranstaltete das ifo Institut in Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer in München und Oberbayern mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie den neunten »ifo Branchen-Dialog«. Ziel dieser Arbeitstagung war wiederum die Analyse der Gesamtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklung in der Industrie, in der Bauwirtschaft, im Groß- und Außenhandel sowie in ausgewählten Dienstleistungsbranchen. Wie schon im Vorjahr stand der Branchen-Dialog im Zeichen einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Ergebnisse wurden in einem ausführlichen Tagungsband dokumentiert, der gegen eine Schutzgebühr von 100 € vom ifo Institut bezogen werden kann. Eine Zusammenfassung der Tagung bringt der vorliegende Bericht. Der nächste ifo Branchen-Dialog wird am 25. Oktober 2010 in München stattfinden.

Globale Wirtschaft

Seine Eröffnungsrede begann Peter Driessen, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, mit einem kurzen Rückblick auf die Wirtschaftslage zum Zeitpunkt des letzten ifo Branchen-Dialogs, der nach dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers stattfand. Er verwies dabei auf einen Artikel des Handelsblatts vom 8. September 2008, wonach die Wahrscheinlichkeit für eine Rezession bei 20% liegen würde. Die durch den Zusammenbruch der Investmentbank ausgelösten Turbulenzen und die realwirtschaftlichen Folgen seien damals noch unvorstellbar gewesen. Mittlerweile hätten jedoch die weltweiten Konjunkturprogramme gegriffen, und weitere Zusammenbrüche systemrelevanter Banken konnten vermieden werden. Der rasante Absturz der Wirtschaft sei mit dem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland im zweiten Quartal 2009 und mit dem wahrscheinlichen Zuwachs im dritten Quartal 2009 vorbei.

Von Entwarnung könne laut Driessen jedoch nicht die Rede sein, denn auf mittlere Sicht stünden unruhige Zeiten bevor. So werde die derzeitige weltweite konjunkturelle Stabilisierung im Wesentlichen von Konjunkturprogrammen und einer sehr expansiven Geldpolitik gestützt. Die entscheidende Frage sei daher, wann sich ein selbsttragender Aufschwung herausbildet und die Weltwirtschaft ohne staatliche Stützungsprogramme auskommt. Im Falle eines verfrühten und zu schnellen Ausstiegs würde die Gefahr für weitere, scharfe Konjunktureinbrüche erheblich steigen. Gerade in Deutschland stünden in den nächsten Monaten noch weitere Belastungen bevor, wie durch die zu erwartende steigende Arbeitslosigkeit, die den privaten Konsum belaste und zu einer Erhöhung der Lohnnebenkosten führen könne, sowie die sich abzeichnende Verschärfung der Finanzierungsbedingungen.

Bislang sei der Arbeitsmarkt angesichts des scharfen Wirtschaftseinbruchs recht robust. Hierzu würden auch die im Rahmen des Konjunkturprogramms wesentlichen Verbesserungen bei der Kurzarbeit beitragen. Er verwies auf das BIHK-Unternehmensbarometer zum Thema Kurzarbeit unter rund 1 000 bayerischen Unternehmen vom Anfang Juli, wonach 76% der Unternehmen, in denen kurzgearbeitet wird, davon ausgingen, dass sie über Kurzarbeit ihre Belegschaft größtenteils oder vollständig sichern könnten. Die Erweiterungen der Kurzarbeit hätten als Konjunkturprogramm gewirkt. Dies sei positiv für den Arbeitsmarkt. Je länger die Auftragsflaute jedoch anhalte, umso mehr würde Kurzarbeit zur Kostenbelastung für die Unternehmen. Dies reduziere Liquidität und verschlechtere die Finanzierungsspielräume für neue Aufträge. Dass die Unternehmen in den kommenden Monaten Beschäftigung abbauen werden, die Stellenkürzungen aber nicht so hoch ausfallen werden wie noch im Frühsommer befürchtet, bestätigt auch die aktuelle BIHK-Konjunkturumfrage unter mehr als 3 100 bayerischen Unternehmen. Besonders stark sei mit Stellenstreichungen bei unqualifizierten Beschäftigten zu rechnen,

wohingegen deutlich weniger bei Hochqualifizierten gekürzt würde. Qualifikation sei nach wie vor der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit.

Als weiteres Risiko – wenn nicht sogar als die größte Belastung – sieht die IHK die zunehmende Verschärfung der Kreditkonditionen an. So habe sich der Kreditzugang laut BIHK-Konjunkturumfrage in den letzten Monaten weiter verschlechtert. Als Gründe für die Verschlechterung wurden insbesondere erhöhte Anforderungen an Sicherheiten sowie höhere Zinsen genannt. So würden vorhandene Sicherheiten von den Kreditinstituten geringer bewertet, oder es würden von den Banken mehr Sicherheiten verlangt. In den höheren Zinsen schlage sich die geringere Bonität der Unternehmen nieder. Aber auch für die Banken würden die Möglichkeiten zur Kreditvergabe schmelzen – aufgrund einer Wirkungskette aus Unternehmensinsolvenzen, Kreditausfällen und der angestrebten Erhöhung der Eigenkapitalbasis. Auch der weiterhin äußerst schwache Verbriefungsmarkt reduziere die Kreditvergabemöglichkeiten zusätzlich.

Vor diesem Hintergrund gehe die IHK nicht davon aus, dass die wirtschaftliche Schwächephase vorbei sei. Vielmehr sei mit einer wellenförmigen Erholung zu rechnen. Positive Signale kämen bei den Unternehmen vor allem aus dem Ausland an. Daher dürfte es keine Gängelung der Exportwirtschaft geben, sondern es müssten im Gegenteil Barrieren abgebaut werden.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland und Europa

Vortrag von Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts

Die Weltwirtschaft ist seit dem dritten Quartal 2008 in einer Krise. Dies ist allerdings vor dem Hintergrund zu sehen, dass es zuvor einen Boom gab, der alle Rahmen sprengte. Ein Vergleich des derzeitigen wirtschaftlichen Aktivitätsniveaus mit dem im Jahr 2007 und im ersten Halbjahr 2008 ist deshalb ein zu anspruchsvoller Maßstab.

Einige Anhaltspunkte weisen darauf hin, dass das Schlimmste in der jüngsten Weltrezession bereits hinter uns liegt:

- Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts für das dritte Quartal 2009 sind nahezu überall wieder positiv.
- Der Börsentrend ist nahezu überall aufwärtsgerichtet trotz immer wieder vorübergehender Rückschläge.
- Eine Beruhigung im Epizentrum der Krise ist festzustellen: Der Preisrückgang auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt ist seit Mai dieses Jahres offenbar gestoppt und durch einen leichten Preisanstieg abgelöst worden. Der Hauptkrankheitsherd der aktuellen Weltwirtschaftskrise scheint sich somit zu beruhigen. Der Verkauf von Einfamilienhäusern in den USA dürfte bereits im Januar 2009 den Tiefpunkt erreicht haben.

Das Kernproblem der USA in den vergangenen Jahren war die geringe Sparquote, die gegen null tendierte. Wenn man nicht mehr spart, muss das Geld irgendwo herkommen, es müssen also Kapitalimporte erfolgen. Dem Leistungsdefizit entspricht definitionsgemäß ein gleich hoher Kapitalimport.

Wo kam das Geld her? In erster Linie aus Schwellen- und Entwicklungsländern, vor allem aus China und den OPEC-Ländern. Aber auch Deutschland hat sich an dieser Finanzierung des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits in erheblichem Maße beteiligt. Bildhaft gesprochen hat Deutschland Porsches verkauft und Lehman-Brothers-Zertifikate dafür bekommen.

Mit dem Platzen der Blasen an den Finanzmärkten ist diese Art der Finanzierung des »amerikanischen Traums« nicht mehr möglich. Es geht kein Weg daran vorbei, die USA müssen ihr hohes Leistungsbilanzdefizit verringern. Dies kann nur auf zwei Arten erfolgen:

- durch eine Wirtschaftsflaute: Die Hälfte des US-Leistungsbilanzdefizits ist bereits darüber verschwunden;
- durch eine Abwertung der Währung.

Die USA verfolgen offensichtlich eine Doppelstrategie, sowohl sparen als auch den US-Dollar abwerten. Die vorübergehende Stärke des Dollars inmitten der Finanzkrise war nur eine Scheinblüte: Der Interbankenmarkt war zusammengebrochen, und die USA beschafften sich im Ausland Kapital, was wegen des Umtausches in US-Dollar kurzfristig die amerikanische Währung stärkte. Nun funktioniert der Interbankmarkt auch in den USA wieder einigermaßen, und das Auslaufen der genannten Sondereffekte lässt die Dollarschwäche wieder hervortreten.

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts

Diese Doppelstrategie Amerikas hat auch eine positive Seite: Die Weltwirtschaft kommt wieder eher ins Lot. Die großen Leistungsbilanzüberschüsse in einigen Ländern wie z.B. Deutschland und Japan, wie auch die großen Leistungsbilanzdefizite in Ländern wie den USA oder Spanien verschwinden allmählich. Die deutsche Exportwirtschaft leidet bei diesem Anpassungsprozess unter der geringen internationalen Nachfrage sowie der US-Dollarschwäche und fungiert gewissermaßen als der große Stoßdämpfer in der Krise.

Verarbeitendes Gewebe leidet in Deutschland am meisten unter der Krise

Von Februar 2008 bis März 2009 ist die industrielle Produktion in Deutschland um 25% eingebrochen. Seit April 2009 geht es in der deutschen Industrie wieder aufwärts, aber die Unterauslastung der Fertigungskapazitäten bleibt das Hauptproblem. Neben den konjunkturellen Sorgen kommt hier auch ein strukturelles Problem zum Tragen: Das bisherige Geschäftsmodell Deutschland ist gekennzeichnet durch

- zu viel Wertschöpfung im Export zu Lasten der Binnensektoren und
- zu viel Kapitalexport.

Deutschland sollte künftig seine Ersparnisse wieder mehr im Lande investieren. Die bisherige Standortpolitik Deutschlands ist unangemessen. Vor allem die Hochlohnpolitik hat zu einer paradoxen Situation geführt: Die relativ hohen Löhne und die geringe Lohnspreizung haben eine übermäßige Spezialisierung bewirkt. Für einfache Produktionsprozesse ist Deutschland zu teuer, so dass die Firmen ihr Heil vor allem in der Produktion von hochwertigen Investitionsgütern im oberen Preissegment suchen. Deutsche Firmen exportieren somit in großem Umfang Investitionsgüter, und die deutschen Banken geben den ausländischen Firmen Kredit, damit sie diese kaufen können. Wäre es nicht klüger, wenn dieses Geld mehr an Firmen in Deutschland ginge?

Wie geht es weiter mit der Konjunktur?

Die ifo Konjunkturuhr signalisierte spätestens im März 2008, dass »die Party vorbei ist«. Der Abschwung in der Wirtschaft hatte sich durch die Lehman-Brothers-Pleite am 15. September 2008 rasant beschleunigt. Im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 kam es weltweit zu einem dramatischen Einbruch der Wirtschaftsaktivität. Der Höhepunkt der Krise in der Realwirtschaft war im März 2009 erreicht. Seitdem erholen sich weltweit die konjunkturellen Frühindikatoren, wie etwa das ifo Geschäftsklima in Deutschland. Trotz der nun schon seit sieben Monaten ununterbrochenen Besserung des Geschäftsklimaindikators in der Industrie bezeichnet aber immer noch knapp die Hälfte der Industriefirmen die eigene Geschäftslage als schlecht.

Die Hauptrisiken für den weiteren konjunkturellen Erholungsprozess liegen auf dem Arbeitsmarkt, der erfahrungsgemäß immer gegenüber der Produktionsentwicklung nachläuft. Unterstellt man vereinfacht, dass – wie häufig in der Vergangenheit auch – diesmal der konjunkturelle Tiefpunkt am Arbeitsmarkt in Deutschland rund 20 Monate später als in den USA erreicht wird, wäre in Deutschland der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erst im Frühjahr 2011 zu erwarten. Selbstverständlich ist eine solche schematische Betrachtung sehr vereinfachend und kann nur erste Anhaltspunkte geben. Kein Zweifel dürfte aber daran bestehen, dass die Probleme am Arbeitsmarkt in Deutschland noch lange nicht ausgestanden sind.

In dieses Konjunkturprofil passt die Prognose im jüngsten Gemeinschaftsgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, zu denen auch das ifo Institut gehört: Danach wird das reale deutsche Bruttoinlandsprodukt 2009 um rund 5% schrumpfen und im nächsten Jahr (2010) um 1,2% zunehmen.

Inflation wird auf absehbare Zeit kein Problem sein

Es ist verständlich, dass sich in der heutigen Situation wohl jeder Finanzminister nicht ungern etwas mehr Inflation wünschen würde, da sich hierdurch die Staatsdefizite leichter eindämmen lassen. Dieser Wunsch bleibt allerdings wohl unerfüllt. Im Gegenteil: Es besteht eher die Gefahr einer deflationären Tendenz, sowohl in der Europäischen Gemeinschaft wie auch in Deutschland.

Die oft gehörte Vermutung, dass mehr Geld mehr Inflation bedeutet, stimmt nämlich nicht. Wenn die Ausweitung des Geldangebotes mit einer stark steigenden Kreditausweitung einherginge, würde in der Tat eine Inflationsgefahr bestehen. Wenn sich aber die Geldnachfrage dramatisch vergrößert, ohne dass entsprechend mehr Geld verliehen wird, dann ist die Situation anders. Und dies ist in der jetzigen Situation, die durch eine Kreditklemme gekennzeichnet ist, der Fall: Die Zentralbanken haben die Leitzinsen kräftig gesenkt und eine Reihe anderer Maßnahmen ergriffen, um der gestiegenen Geldnachfrage im Banken- und Nicht-Bankensektor wenigstens zum Teil gerecht zu werden. Da die Geschäftsbanken jedoch in erheblichem Umfang Eigenkapital verloren haben, engt dies ihren Spielraum für zusätzliche Kredite ein. Es besteht die Gefahr, dass das Kreditvolumen in den einzelnen Banken verringert wird, um es wieder in Einklang mit dem reduzierten Eigenkapital zu bringen.

Anders als im Euroraum könnte es dagegen in den USA wegen der angesprochenen Abwertung des Dollar zumindest zu einer leicht steigenden Inflationsrate kommen. Nachdem eine Abwertung des Dollar eine Aufwertung des Euro ist, würde hierdurch ein zusätzlicher deflationärer Effekt im Euroraum ausgelöst werden. Wie schwierig es ist, aus einer solchen Entwicklung wieder herauszukommen, zeigt seit 1995 das japanische Beispiel.

Liquiditäts- versus Solvenzkrise: Reicht die Bad Bank?

Der Kern der Bankenkrise ist eine Solvenzkrise. Die Banken haben Eigenkapital verloren. Da sie 4% Kernkapital als gesetzliche Rücklagenpflicht aufweisen müssen, sind sie – ceteris paribus – gezwungen, ihre Ausleihungen zurückzufahren. Daraus folgt notwendigerweise eine Kreditverknappung. Die Frage ist, wie viel Eigenkapital die Banken bereits verloren haben. Genaue Zahlen gibt es nicht, aber es steht fest, dass die prozentualen Eigenkapitalverluste in der Schweiz und in den USA mit über 50% am höchsten sind.

Ist das Schlimmste im Bankensektor bereits überstanden? Weltweit belief sich die Summe aller Abschreibungen im Finanzbereich am 1. Oktober 2009 auf 1,6 Billionen Dollar. Falls die Prognose des IWF von einem notwendigen Abschreibungsvolumen in der Welt von 3,4 Bill. Dollar zutreffend ist, hat das Bankensystem bis jetzt also erst ca. 42% der Verluste abgeschrieben. Um in dieser schwierigen Situation einer sich verschärfenden Kreditklemme zu entgehen, bleibt wohl nur der Weg, jenen Banken, die eine zu geringe Eigenkapitalquote aufweisen, notfalls zwangsweise eine Kapitalbeteiligung seitens des Staats so lange vorzuschreiben, bis sich ihre private Eigenkapitalausstattung ausreichend verbessert hat. Diese Art von Zwangskapitalisierung der Banken ist auch eine Empfehlung des jüngsten Gemeinschaftsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute.

Risiko Staatsfinanzen

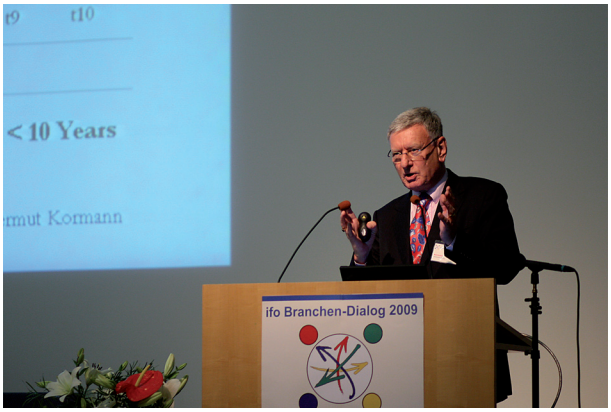
Sogar die »Musterschüler« unter den Industrieländern sind mittlerweile in einer Schuldenfalle. In den USA beläuft sich das staatliche Defizit in diesem Jahr auf rund 11% des Bruttoinlandsprodukts, und die aufgelaufene Staatsverschuldung wird voraussichtlich von derzeit 87,4% des Bruttoinlandprodukts bis zum Sommer 2011 die 100%-Marke überschritten haben. Zur wachsenden Staatsverschuldung gibt es aber keine realistische Alternative. Mitten in der Krise wäre es fatal, die staatlichen Hilfen zurückzufahren oder gar auszusetzen, um die Verschuldung einzudämmen. Eine solche Politik hat in den 1930er Jahren zur Weltwirtschaftskrise mit den verhängnisvollen Auswirkungen auch im politischen Raum geführt. Dies gilt es auf jeden Fall nicht noch einmal passieren zu lassen.

Dialog Wirtschaft und Politik: Strategien für den Aufschwung

Zur Tradition der Veranstaltung gehört der Dialog Wirtschaft und Politik. Da der eingeladene Wirtschaftsminister zu Guttenberg kurzfristig sein Kommen absagen musste, übernahm Prof. Sinn den Part der Politik beim Thema »Strategien für den Aufschwung – Thesen aus der Sicht der Wirtschaft und der Politik«.

Die Sicht der Wirtschaft wurde von Hermut Kormann übernommen, der über 40 Jahre in der Industrie tätig war, davon annähernd zwei Jahrzehnte als Finanzvorstand und dann als Vorstandsvorsitzender des Familienunternehmens Voith AG. Er hat Honorarprofessuren für Unternehmensführung der Familienunternehmen an der Universität Leipzig und der Zeppelin University Friedrichshafen inne. In mehreren industriellen Unternehmen ist er Mitglied in Aufsichtsgremien.

Prof. Kormann begann mit der positiven Seite der jüngsten Krise. Seiner Ansicht nach kann man in den Unternehmen nur aus einer Krise etwas lernen. In Hochkonjunkturen läuft das meiste in den Firmen von selbst. Die schlechte Nachricht ist seiner Meinung nach: Die Krise ist noch nicht vorüber. So hilfreich auch das Instrument der Kurzarbeit ist, so muss man sich doch darüber im Klaren sein, dass hierdurch notwendige Restrukturierungen aufgeschoben werden. Diese Phase steht also noch bevor. Erleichtert werden dürfte dieser künftige Prozess durch die signalisierte Kooperation der Gewerkschaften (»Nicht-Forderungen«). Positiv ist auch anzumerken, dass die Preisniveaus in den meisten Branchen nicht eingebrochen seien. Außerdem ist es von Vorteil, dass die Unternehmen in Deutschland dank der vorangegangenen



Prof. Dr. Hermut Kormann, Universität Leipzig

Restrukturierungen und Rationalisierungen generell eine hohe Wettbewerbsfähigkeit aufweisen und damit kein Kostenproblem haben, auch nicht währungsbedingt, da nur wenige deutsche Firmen mit US-Unternehmen konkurrieren.

Ein Negativposten ist die Überschuldung der westlichen Industriestaaten, deren Unternehmen zu den Hauptkunden der deutschen Wirtschaft gehören. Da es wohl nur zu einem langsamen Anstieg der Investitionen in den westlichen Industriestaaten kommen wird, werden bei uns die Auftragseingänge für Maschinen und sonstige Ausrüstungsgüter wohl nur langsam anziehen. Infolge der nur zögerlichen Nachfrageentwicklung wird deshalb der Aufschwung in Deutschland, dem nach wie vor wichtigsten Investitionsgüterhersteller der Welt, voraussichtlich nur schwach ausfallen. Man muss dies aber immer vor dem Hintergrund sehen, dass die Zeit von Anfang 2007 bis Mitte 2008 eine Boomsituation war, die es in dieser Intensität wohl nur alle 40 Jahre gibt. Daher wäre es falsch, diese Periode alleine als Vergleichsmaßstab zu wählen. Unbestritten ist allerdings, dass derzeit die Kapazitätsauslastung in der Industrie um mindestens 10 Prozentpunkte unter dem langfristigen Durchschnitt liegt und der Weg zu einer Normalauslastung zäh sein wird.

Als Folge der jüngsten Krise werden die Firmen künftig als Überlebensstrategie verinnerlicht haben:

- *Flexibilität in den Kapazitäten schaffen:*
  - Zeitarbeit (Arbeitszeitkonten von 500 Stunden auf 1 000 Stunden im Jahr aufstocken),
  - Auf- bzw. Ausbau von Auslandsstandorten in Ländern mit weniger Starrheit der Arbeitsmärkte;
- *Liquiditätsplanung als strategisches Dauerziel sehen und nicht nur als taktisches Ziel, um vorübergehende Finanzengpässe zu überwinden;*
- *Preisqualität anstreben* (Minimum 5% Umsatzrendite). Man muss zuvor gut verdienen, um in Krisenzeiten »Luft nach unten« zu haben.

Als langfristige Herausforderungen jenseits der aktuellen Krise bleiben:

- *Strukturelle Veränderungen*
  - Verlagerung des Zentrums nach Asien
  - demographischer Wandel im Westen
- *China wird der neue Wettbewerber von Deutschland und – wohl noch stärker – von Japan.*
  - China verfolgt weitsichtige, strategische Wirtschaftspolitik, verbunden mit Know-how-Import und Übernahme von Firmen im Ausland sowie der Bereitschaft, Großprojekte in Angriff zu nehmen (ohne NGO- und Politikrücksichten) und die Finanzierung bereit zu stellen.
- Die *Strategie Deutschlands* muss sein, *überlegene Innovationen* durchzuführen und auf Premium-Produkte in Deutschland zu setzen und deren Produktion nicht in Niedriglohnländer auszulagern.
- *Technologie-Innovation*: Hierdurch kann der Ersatz vorhandener Kapazitäten bei den Kunden beschleunigt werden, was den Premium-Produktherstellern in Deutschland zu gute käme.

Abschließend gab Hermut Kormann den tröstlichen Hinweis: Die Welt und die Wirtschaft gehen in dieser Krise nicht unter, aber die Wirtschaft wird in jeder Hinsicht etwas »normaler«, und einige Manager werden künftig ein etwas reduzierteres Selbstbewusstsein besitzen, was nicht schlecht sein muss.

Hans-Werner Sinn konzentrierte sich in seinem abschließenden Statement zu den Anforderungen an die Politik –, wenn ein wirtschaftlicher Aufschwung begünstigt werden soll – auf folgende Punkte:

- Aktivierende Sozialhilfe: die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme und Hinzuverdienst bei Arbeitsfähigkeit muss ausgebaut werden.
- Altersteilzeit ist ein Irrweg. Zum Glück ist die Regierung nun bestrebt, diesen Irrweg zu versperren.
- Der Arbeitsmarkt ist der Schlüssel für alles. Funktioniert der Arbeitsmarkt, dann funktioniert die Wirtschaft. Funktioniert er nicht, funktioniert auch die Wirtschaft nicht.
- Deutschland braucht noch auf längere Zeit moderne Atomkraftwerke. Nicht nur längere Laufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke, sofern sie technologisch auf dem notwendigen Stand sind, sondern darüber hinaus auch ein Neubau von Atomkraftanlagen wäre wünschenswert.
- Der »Grüne Trip« führt zu einer gewaltigen Ressourcenverschwendung (wie z.B: bei der Fotovoltaik, wo die Erzeugerkosten höher sind als der Nutzen, oder bei der Windkraft).
- Die wirkliche Dimension der Bankenkrise wird unterschätzt. Es führt kein Weg an einer staatlichen Beteiligung an systemischen Banken, die eine zu schmale Eigenkapitalbasis haben, vorbei.
- Die Steuern sollten bereits 2010 – und nicht erst 2011 – gesenkt werden. Ein Fehler wäre es, eine Steuersenkung unter einen Finanzierungsvorbehalt zu stellen. In der Krise kommt es darauf an, der Wirtschaft durch eine zunehmende staatliche Verschuldung Impulse zu geben. Erst in der zweiten Runde, wenn die Konjunktur angesprungen ist, muss der Staat mit dem Schuldenabbau beginnen.
- Beschleunigte steuerliche Abschreibungen für Unternehmen wären wünschenswert. Beschleunigte Abschreibungen haben sich in der Vergangenheit bewährt, um In-

vestitionen im Unternehmensbereich anzukurbeln. Ein wesentlicher Vorteil ist ihre schnelle Wirkung.

- Bildungsoffensive: Ein neues Schulmodell ist angezeigt. Betreuungseinrichtungen und Sachleistungen sind generell notwendig und hätten den zusätzlichen Vorteil, die Integration von Ausländern zu fördern

Wie üblich beim ifo Branchen-Dialog fanden in je zwei Parallelveranstaltungen die Foren »Industrie« und »Handel« sowie »Bauwirtschaft« und »Dienstleistungen« statt. Im Folgenden werden einige zentralen Ergebnisse der Foren vorgestellt.

Branchenforum 1: Konjunkturelle Entwicklungen im verarbeitenden Gewerbe

Hans-Dieter Karl und Hans-Günther Vieweg

Die deutsche Industrie erreicht die Talsohle – Unterauslastung der Kapazitäten 2010

Die US-Industrie führt den Konjunkturzug in der Triade an

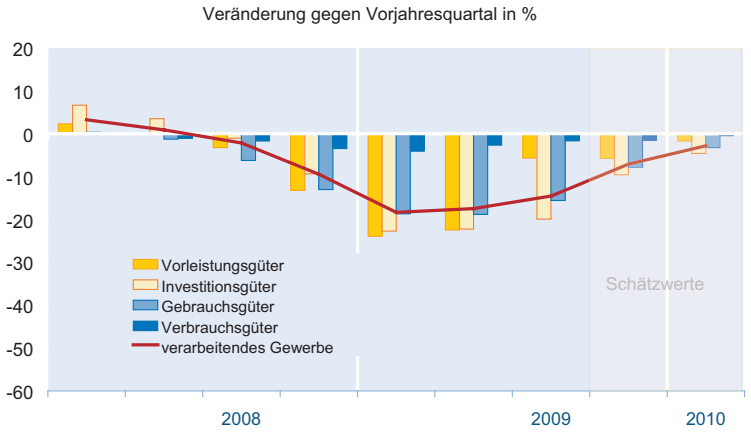
Der scharfe Rückgang der weltwirtschaftlichen Aktivität hat seine Spuren in der industriellen Produktion der Triade hinterlassen. Besonders ausgeprägt ist der Rückgang in Japan, der 2009 bei 30% liegen wird. Hier wirken einige Faktoren, sich gegenseitig verschärfend, zusammen. Japan ist – gemessen an den Stückzahlen – der mit Abstand größte Hersteller von Straßenfahrzeugen und wichtigste ausländische Anbieter auf dem US-Markt. Außerdem ist Japan in gleicher Weise wie Deutschland ein Anbieter von Maschinen und Anlagen, die von der globalen Rezession in besonderer Weise betroffen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Japan auf diesen Märkten enge transpazifische Handelsbeziehungen unterhält.

Die US-amerikanische Industrie ist vergleichsweise gut durch die Rezession gekommen, obwohl die Wirtschaftskrise hier ihren Ausgang genommen hat. Zwar wurde der Fahrzeugbau direkt von der Finanzmarktkrise erfasst, wodurch ein schon seit mehr als einem Jahrzehnt erwarteter Strukturanpassungsprozess ausgelöst wurde; andere Branchen waren davon aber weit weniger tangiert. Hierzu hat u.a. beigetragen, dass anders als in Japan oder Deutschland die Herstellung von Maschinen und Anlagen mit ihrer stark konjunkturabhängigen Nachfrage ein deutlich geringeres Gewicht besitzt.

Die europäische Industrieproduktion liegt gemessen an der Schärfe des Einbruchs zwischen den USA und Japan. Hier spielt die Heterogenität der Industrien in der Europäischen Gemeinschaft eine Rolle. Hinzu kommt, dass die Binnennachfrage in unterschiedlicher Weise von der Finanzkrise berührt ist. Vor allem Großbritannien und Spanien, deren Immobilienmärkte in Mitleidenschaft gezogen wurden, sind von den Folgen betroffen, während Frankreich, Deutschland und Italien weniger stark darunter zu leiden haben.

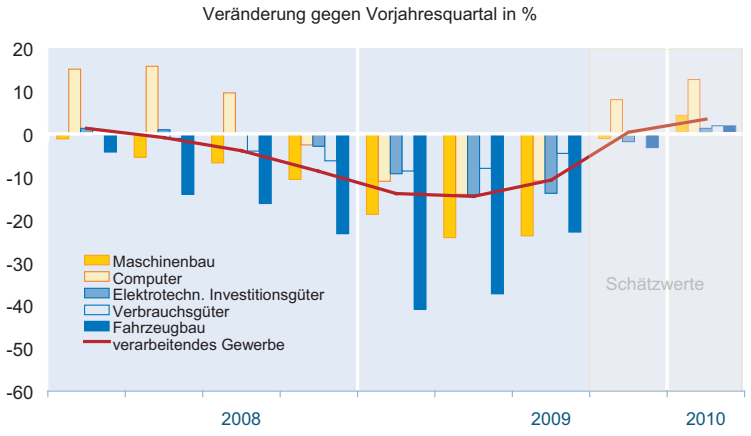
Ein Blick auf die Entwicklung der Industrieproduktion gemessen an Quartalsindikatoren zeigt für die Triade – basierend auf Kurzfristprognosen für das dritte und vierte Quartal – eine Bodenbildung gegen Ende 2009 an. Die Konjunktur der USA weist danach wieder einen Vorlauf auf; im vierten Quartal dürfte es zu einem Aufschwung kommen. Dies unterstützt die für Deutschland getroffene Annahme, dass die weltweite Rezession ausläuft und im kommenden Jahr wieder mit einer Expansion zu rechnen ist. (vgl. Abb. 1 bis 3)

Abb. 1
Industrieproduktion der EU-27



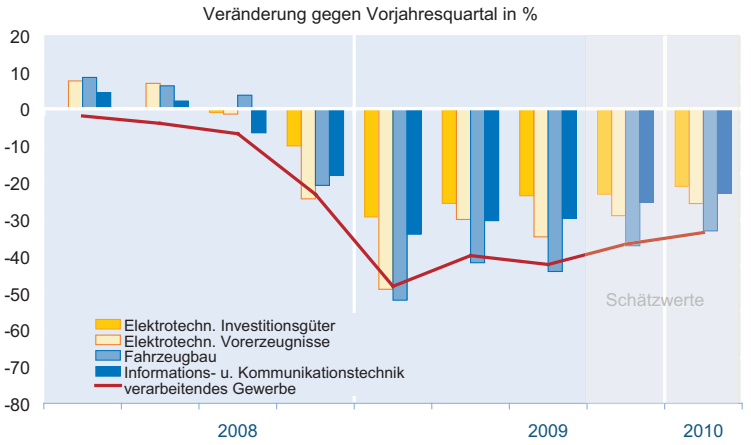
Quelle: Eurostat; GD ECFIN; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2
Industrieproduktion der USA



Quelle: Federal Reserve Board; Institute for Supply Management; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3
Japans Industrieproduktion



Quelle: Japanese Statistics Bureau; Bank of Japan; Berechnungen des ifo Instituts.

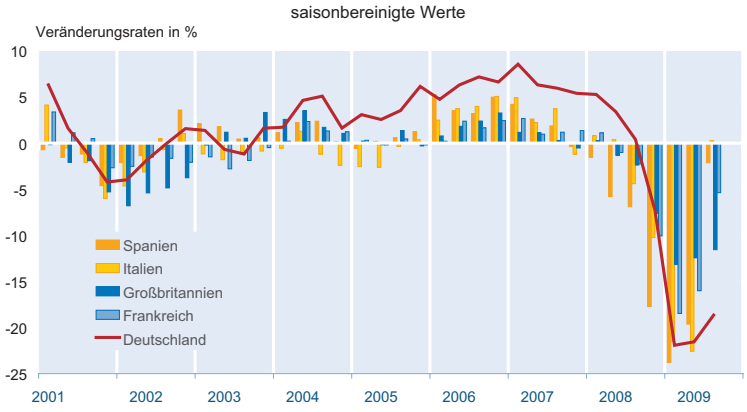
Entgegen der Entwicklung in der Triade haben die Schwellenländer Asiens 2009 nur eine Dämpfung des Aufwärtstrends bei der Industrieproduktion hinnehmen müssen. Für das kommende Jahr kann schon von einer Beschleunigung ausgegangen werden. Angesichts der fragilen wirtschaftlichen Situation in vielen Industrieländern im Gefolge der Finanzmarktkrise kommt einer robusten Wirtschaft in Asien eine wesentliche Bedeutung für die globale Erholung zu. Auch wenn das Gewicht dieser Volkswirtschaften bisher nicht an das der reifen Industrienationen herankommt, können die erwarteten Impulse aufgrund der hohen Wachstumsdynamik dieser Region einen bedeutenden Beitrag liefern. In der gegenwärtigen Situation kommt diesen Ländern die Rolle der »Lokomotive« für die Weltwirtschaft zu.

Deutschland hatte in den vergangenen Jahren stärker als andere europäische Nationen von der Dynamik der Weltwirtschaft profitiert

Die Weltwirtschaft hatte in den Jahren zwischen 2003 und 2007 einen bisher nicht gekannten Aufschwung erlebt. Er wurde getragen von einer hohen Liquidität der Geld- und Kapitalmärkte auf der einen Seite und von einer dynamischen Industrialisierung der großen Schwellen- und Transformationsländer Brasilien, Russland, Indien und China (BRIC) auf der anderen Seite. Mit Wachstumsraten um 5% pro Jahr für das globale Bruttosozialprodukt war eine hohe Nachfrage nach zusätzlichen Kapazitäten verbunden.

Deutschland hatte von dieser Entwicklung vor allem aus zwei Gründen stärker als andere europäische Länder profitiert: Die deutschen Industrieunternehmen haben seit Mitte der neunziger Jahre umfassende Kostensenkungs- und Rationalisierungsprogramme zur Steigerung ihrer internationale Wettbewerbsfähigkeit umgesetzt; unterstützt wurde der Trend durch moderate Lohnerhöhungen. Die zweite Ursache liegt in der Struktur des Leistungsangebots, das einen Schwerpunkt bei Investitionsgütern, Maschinen, Ausrüstungen und Anlagen hat, wie sie in Aufschwungsphasen vermehrt und gerade von den boomenden Schwellenländern nachgefragt werden.

Abb. 4
Entwicklung der Industrieproduktion in großen europäischen Ländern



Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Die Auftragstätigkeit nahm in einem Maße zu, der die Produktion nicht entsprechend folgen konnte. Die Auftragsbestände stiegen und verzögerten zum Ende der Aufschwungsphase die negativen Effekte der globalen Rezession, die Ende 2006 von den USA mit nachlassendem Wachstum und der in der Folge einsetzenden Finanzmarktkrise ihren Ausgang genommen hatte. Die deutsche Industrie hatte 2007 ihre Produktion nochmals kräftig ausgeweitet, und selbst im Jahr 2008 kam es nochmals zu einem leichten Anstieg. Besonders auffällig zeigt sich die erfreuliche Entwicklung der deutschen Industrie im Vergleich mit der Konkurrenz aus den anderen großen europäischen Ländern: Sie wuchs kräftiger in den vergangenen Jahren und tauchte später in die Rezession ein. (vgl. Abb. 4).

Die ifo Konjunkturindikatoren spiegeln den bisher schärfsten Einbruch der Industrieproduktion in der Geschichte der Bundesrepublik wider

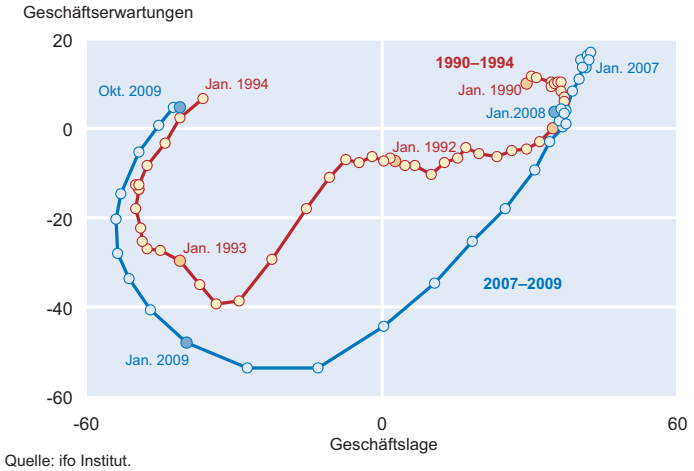
Trotz dieser vergleichsweise robusten Entwicklung bleibt festzuhalten, dass die Talfahrt der deutschen Industrie plötzlicher und stärker erfolgt war als jemals zuvor seit der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949. Dies verdeutlicht ein Vergleich der Entwicklung der ifo Geschäftsklimaindikatoren für die bis dato schwerste Rezession in den Jahren 1992/93 mit der Gegenwart. Der konjunkturelle Höhepunkt war damals 1990. Ein solcher Höhepunkt ist generell dadurch gekennzeichnet, dass die Unternehmen sowohl ihre Lage als auch ihre Erwartungen als außerordentlich positiv bewerten. Von diesem Zeitpunkt vergingen mehr als zwei Jahre bis der Tiefpunkt der Konjunktur erreicht war, der durch die entgegengesetzte Bewertung der beiden Indikatoren gekennzeichnet ist. Bis Anfang 1992 verharrten die Geschäftserwartungen sogar noch auf einem mittleren Niveau. Im gegenwärtigen Konjunkturzyklus haben dagegen die Erwartungen schnell mit einem scharfen Rückgang reagiert und den Einbruch der Ordertätigkeit angezeigt. Seit Mitte 2009 haben sich ebenso rapide die ifo Geschäftserwartungen wieder verbessert. Sie signalisieren am aktuellen Rand, dass zumindest die Talsohle erreicht ist. Bei den Prognostikern bleibt allerdings eine Unsicherheit angesichts der noch bestehenden Probleme auf den Finanzmärkten, die hinter der Annahme einer nachhaltigen Erholung ein Fragezeichen setzen. (vgl. Abb. 5)

Die durch die internationale Finanzkrise ausgelöste weltweite Wirtschaftskrise hat das stark auf den Export ausgerichtete verarbeitende Gewerbe in Deutschland in besonderer Weise getroffen. Das industrielle Produktionsvolumen – gemessen am (realen) Produktionsindex der amtlichen Statistik – stieg nach dem Rekordzuwachs 2007 im Jahr 2008 nur noch um 1%. In den ersten acht Monaten 2009 brach die reale Produktion um 21,8% gegenüber dem Stand der entsprechenden Vorjahresperiode ein.

Trotz der für 2010 erwarteten Erholung der industriellen Aktivität verbleibt die Kapazitätsauslastung auf unzureichendem Niveau

Der massive Rückgang der Industrieproduktion hatte sich bereits relativ frühzeitig anhand der Entwicklung der Nach-

Abb. 5
Verarbeitendes Gewerbe Deutschland
Geschäftsklima 1990–94 und 2007–2009, gleitende Dreimonatsdurchschnitte



Quelle: ifo Institut.

frage nach industriellen Erzeugnissen angekündigt. Der reale Auftragseingang des verarbeitenden Gewerbes war im Jahresdurchschnitt 2008, nach einer Erhöhung um 5,3% im Jahr 2007, nur noch um 0,3% gegenüber dem Vorjahr gestiegen; in den ersten acht Monaten des Jahres 2009 fiel er um 20,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert zurück. Die Kapazitätsauslastung der deutschen Industrie sank – saisonbereinigt – von Juli 2008 bis Juli 2009 von 87,3% auf nur noch 71,6%.

Während das Wachstum der vergangenen Jahre vor allem von dem kräftigen Anstieg der Auslandsnachfrage getragen wurde, sind in der Krise die Auslandsbestellungen überproportional reduziert worden. War der Index des realen Auftragseingangs aus dem Ausland im Jahresdurchschnitt 2008 mit + 0,2% nahezu unverändert, so war in den ersten acht Monaten 2009 ein Rückgang gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von 24,9% zu verzeichnen. Die Bestellungen aus dem Ausland haben sich im betrachteten Zeitraum schlechter entwickelt als der gesamte Auftragseingang. Die Aufträge aus der Eurozone sind dabei mit 23,7% etwas weniger stark zurückgegangen, während die Bestellungen aus dem übrigen Ausland um 26,0% unter dem Vorjahreswert lagen.

Ein ähnliches Muster mit einem nicht ganz so starken Rückgang zeigt die inländische Nachfrage nach Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes. Nach einem leichten Zuwachs des Auftragseingangs von 0,2% im Jahresdurchschnitt 2008 belief sich in den ersten acht Monaten 2009 das reale Minus auf 16,9% gegenüber dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraums. Besser entwickelte sich dabei in den ersten acht Monaten 2009 mit einem Minus von lediglich 9,1% die inländische Nachfrage nach industriellen Konsumgütern, während die nach Investitionsgütern etwas stärker sank (– 19,7%). Nur die Vorleistungsgüter schnitten noch schlechter ab (– 20,6%; vgl. Abb. 6).

Durch den Einsatz verschiedener Instrumente, worunter vor allem die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und der Abbau von Arbeitszeitkonten zu nennen sind, zeigte sich die Beschäftigungsentwicklung angesichts des beispiellosen Produktionseinbruchs bislang stabil. So wurde die Zahl der Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe nach dem Anstieg um 1,7% im Jahr 2007 auch noch 2008 um 2,4% ausgeweitet. Die geleisteten Arbeitsstunden nahmen allerdings nur noch um 2,1% zu. In den ersten acht Monaten des Jahres 2009 kam es zu dem erwarteten Beschäftigungsabbau; gegenüber dem Vorjahreszeitraum wurden 2,0% weniger Beschäftigte registriert, die geleisteten Arbeitsstunden waren sogar um 10% niedriger. Anpassungen im Personalbereich dürften noch bevorstehen.

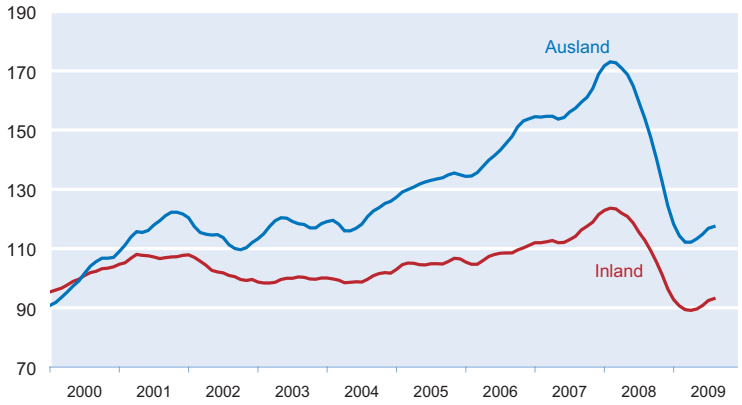
In den letzten Monaten haben sich die Urteile der Unternehmen zur Geschäftslage verbessert, in den Geschäftserwartungen kommt seit August 2009 wieder ein leichter Optimismus zum Ausdruck. Diese aktuellen Einschätzungen werden durch die Meldungen der Testteilnehmer über sinkende Lagerbestände, eine lebhaftere Nachfrage und positiv eingeschätzte Exporterwartungen gestützt.

Der leichte Anstieg des Geschäftsklimaindikators für das verarbeitende Gewerbe korrespondiert mit der Belebung der Weltwirtschaft, die insbesondere auf die umfangreichen Konjunkturprogramme der großen Staaten zurückzuführen ist. Damit wird aber vorerst nur ein langsamer Aufstieg von einem niedrigen Niveau ermöglicht. An der Veränderungsrate der industriellen Produktion in Deutschland im Jahr 2009 schlägt sich der Einbruch der Nachfrage dennoch massiv nieder. Das zeigen auch die Meldungen zum ifo Konjunkturtest über die Entwicklung der Produktion, die erst zuletzt eine Stabilisierung signalisierten. Nach der Hochrechnung der vom ifo Institut durchgeführten Branchenschätzungen ist für das **verarbeitende Gewerbe** insgesamt mit einer Schrumpfung der industriellen Produktion im Jahresdurchschnitt 2009 von real 17% zu rechnen.

Auch wenn die akuten Folgen der internationalen Finanzmarktkrise durch entschlossene staatliche Eingriffe eingegrenzt werden konnten, ist die Krise keineswegs überwunden. Da die derzeitige wirtschaftliche Belebung zu einem großen Teil staatlichen Konjunkturpaketen geschuldet ist, besteht eine große Unsicherheit im Hinblick auf die Entwicklung der Weltwirtschaft in den kommenden Jahren. Das gilt entsprechend bei der Festlegung der Rahmendaten für das deutsche verarbeitende Gewerbe. Die folgenden Annahmen über wesentliche weltwirtschaftliche Leitdaten und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in

Abb. 6
Verarbeitendes Gewerbe: Trendwende nach rasantem Abschwung
Auftragseingang

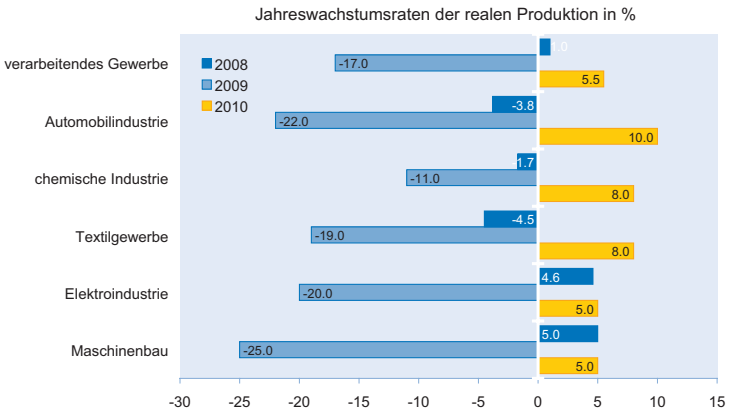
Volumenindex 2000 = 100; saisonbereinigt und geglättet



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Deutschland, die bestimmend für die Produktion des verarbeitenden Gewerbes sind, entsprechen der Prognose des Herbstgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute. Danach wird das Wachstum der Weltwirtschaft 2010 auf 2,1% steigen, das Welthandelsvolumen wird nach dieser Abschätzung um 5,5% zunehmen. Insgesamt wird für die Weltwirtschaft mit einer Erholung gerechnet. Daneben wird ein mittlerer Rohölpreis für 2010 von rund 75 US-Dollar je Barrel unterstellt und ein durchschnittlicher Wechselkurs von 1,45 US-Dollar je Euro zugrunde gelegt. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland, die 2008 und im laufenden Jahr real gestiegen sind, werden 2010 voraussichtlich leicht rückläufig sein. Dagegen werden die Ausrüstungsinvestitionen wieder etwas höher ausfallen als im Vorjahr. Vor dem Hintergrund der Belebung der Weltwirtschaft werden auch die Exporte stärker zulegen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2010 – dem Herbstgutachten zufolge – um 1,2% wachsen. Als positiv ist darüber hinaus zu werten, dass viele Unternehmen in Deutschland in der Krise – aktuellen Umfragen zufolge – ihre Innovationsanstrengungen verstärken.

Abb. 7
Verarbeitendes Gewerbe: Erholungstendenz nach drastischem Einbruch
Produktion



Quelle: Statistisches Bundesamt; Elektroverband (ZVEI); Schätzung und Prognose des ifo Instituts.

Von dem lebhafteren Auslandsgeschäft wird angesichts ihres hohen Exportanteils die deutsche Industrie in besonderer Weise profitieren können. Ein zusätzlicher Impuls resultiert aus den höheren Ausrüstungsinvestitionen. Daher kann davon ausgegangen werden, dass sich das verarbeitende Gewerbe 2010 besser entwickeln wird als die Gesamtwirtschaft und seine Produktion damit aller Voraussicht nach deutlich ansteigt. Dazu trägt aber auch der in der zweiten Jahreshälfte 2009 aufgebaute Produktionsüberhang bei. Vor allem die Segmente der Investitionsgüterindustrie (Maschinenbau, Elektroindustrie, Fahrzeugbau, Metallerzeugnisse), aber auch die großen Sparten des Vorleistungsgütergewerbes (chemische Industrie, Metallerzeugung, -bearbeitung) werden an der stärkeren Investitionstätigkeit im Inland und der zunehmenden Weltmarktdynamik teilhaben können. Insgesamt wird das **reale Produktionsvolumen des verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2010 voraussichtlich um 5,5%** steigen (vgl. Abb. 7 und Tab. 1).

Das **Investitionsgütergewerbe** hat zwar 2008 mit einem Produktionswachstum von 2,4% noch überdurchschnittlich abgeschnitten. Allerdings zeichnete sich der folgende Einbruch der Produktion angesichts eines auf das Gesamtjahr bezogenen Rückgangs der Auslandsnachfrage (– 9,8%) und der Inlandsbestellungen (– 6,4%) deutlich ab. Die deutsche Industrie litt dabei besonders unter der hohen Auslandsabhängigkeit der Investitionsgüterbereiche. Während aus der gesamten Industrie gut 47% der Produktion exportiert werden, setzen die Investitionsgüterproduzenten rund 60% ihrer Güter im Ausland ab.

Dass die Investitionsgüterindustrie im laufenden Jahr besonders stark von der weltweiten Rezession erfasst wurde, zeigt sich am Rückgang der Auslandsorders in den ersten acht Monaten 2009 um 38,6% und der inländischen Auftragseingänge um 24,7% real. Wegen der zu Jahresbeginn noch bestehenden Auftragsbestände und der leichten Erholung der Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte dürfte sich das Produktionsminus 2009 auf etwa 23% belaufen. Neben dem Maschinenbau und den Segmenten der Elektroindustrie trägt in diesem Jahr auch die Gruppe der Metallerzeugnisse zur Schrumpfung des Investitionsgüterbereichs bei. 2010 wird die Investitionsgüterindustrie infolge ihres hohen Exportanteils von der Belebung der Weltwirtschaft profitieren können. Dabei ist zu erwarten, dass die Auslandsnachfrage stärker zunehmen wird als die Bestellungen des Inlands, die angesichts leicht steigender Ausrüstungsinvestitionen nur wenig höher ausfallen werden. Diese Entwicklung kommt auch in den jüngsten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zum Ausdruck; danach werden die Geschäftserwartungen von den Investitionsgüterproduzenten zunehmend optimistisch eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass im Jahresdurchschnitt 2010 bei der Investitionsgüterproduktion ein Plus von rund 8% zu erwarten ist.

Die **Konsumgüterproduktion**, die 2008 um 1,2% zurückging, ist tendenziell weniger von konjunkturellen Schwankungen betroffen. Die Auslandsaufträge gingen in den ersten acht Monaten 2009 um 15,1% zurück, und der Auftragseingang aus dem Inland sank in diesem Zeitraum noch stärker um 19,2%. Durch das in diesem Segment relativ hohe Gewicht des Inlandsgeschäfts war die Gesamtnachfrage nach den Erzeugnissen der einheimischen Konsumgüterpro-

Tab. 1
Wachstumsraten der Industrieproduktion im verarbeitenden Gewerbe
Daten: Index 2005 = 100 (kalendermonatlich);
Veränderungsraten gegenüber Vorjahr in %

Branche	2008	2009[a)]	2010[a)]	2011[a)]
Verarbeitendes Gewerbe	**1,0**	**– 17,0**	**5,5**	**8,5**
Vorleistungsgüter	**0,3**	**– 17,5**	**5,0**	**9,5**
Investitionsgüter	**2,4**	**– 23,0**	**8,0**	**10,0**
Konsumgüter	**– 1,2**	**– 6,0**	**2,5**	**4,0**
Ernährungsgewerbe	– 0,13	– 1,0	1,5	1,5
Textilgewerbe	– 4,5	– 19,0	7,0	8,0
Bekleidungsgewerbe	– 14,6	– 11,0	– 2,0	0,0
Holzgewerbe	– 1,5	– 12,0	5,0	8,0
Papiergewerbe	0,5	– 7,5	4,0	6,0
Verlags- und Druckereigewerbe	0,9	– 9,0	3,0	5,0
Mineralölverarbeitung	0,0	– 6,0	3,0	5,0
Chemische Industrie	– 2,1	– 13,0	7,5	9,5
Gummi- und Kunststoffwaren	– 2,6	– 13,0	5,0	6,0
Glas, Keramik, Steine und Erden	– 3,3	– 12,0	4,0	10,0
Metallerzeugung und -bearbeitung	– 1,1	– 27,0	8,0	12,0
Metallerzeugnisse	2,0	– 22,0	5,0	10,0
Maschinenbau	5,0	– 25,0	5,0	10,0
Elektrotechnik	1,5	– 23,0	4,0	10,0
Elektronik, Geräte und Ausrüstungen	7,2	– 21,0	12,0	12,0
Informationstechnik (EDV, Bürom.)	14,5	– 47,0	20,0	15,0
Kommunikations-, Medientechnik	3,2	– 18,0	8,0	11,0
Mess-, Regel-, Medizintechnik, Optik	4,3	– 18,0	10,0	10,0
Automobilindustrie	– 3,8	– 22,0	10,0	12,0
Sonstiger Fahrzeugbau	– 9,3	– 20,0	7,0	10,0
Möbel, sonstige Gebrauchsgüter	– 1,7	– 12,0	5,0	8,0

[a)] Prognose vom Oktober 2009.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

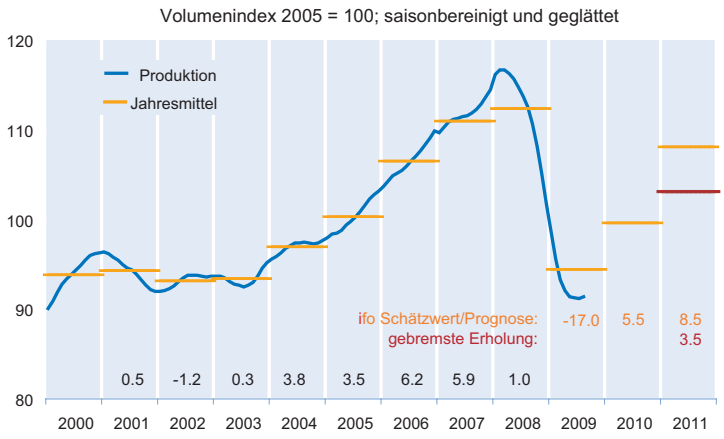
duzenten um 17,1% geringer. Im Jahresdurchschnitt 2009 dürfte die Produktion dieses Bereichs um 6% sinken. Nach den aktuellen Meldungen zum ifo Konjunkturtest wird die Geschäftslage von den Herstellern von Konsumgütern per saldo noch als schlecht beurteilt, bei den Geschäftserwartungen setzte sich zuletzt aber ein geringer Optimismus durch.

Daher wird trotz der erwarteten Abschwächung der privaten Konsumausgaben das reale Produktionsvolumen der Konsumgüterindustrie 2010 angesichts der konjunkturellen Erholung um 2,5% höher ausfallen.

Der **Bereich der Vorleistungsgüterproduktion** wurde zwangsläufig früh mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise konfrontiert, was vor allem auf lagerzyklische Bewegungen und auf den weltweit geringeren Bedarf an Vorleistungsgütern zurückzuführen sein dürfte. Bei einem realen Minus der Auslandsbestellungen von 4,3% und der Inlandsnachfrage von 4,0% legte die Produktion im Jahresdurchschnitt 2008 noch leicht um 0,3% zu. In den ersten acht Monaten 2009 schrumpfte die reale Nachfrage mit 26,4% (Ausland) und 26,8% (Inland) deutlich stärker; das dürfte zu einem Produktionsrückgang von 17,5% im Gesamtjahr 2009 führen. Die Aussichten für diesen Bereich hellen sich derzeit zusehends auf, wie auch die Meldungen zum ifo Konjunkturtest belegen; die Geschäftserwartungen werden von einer Mehrheit der Produzenten von Vorleistungsgütern zunehmend optimistisch eingeschätzt. Der Bereich der Vorleistungsgüter wird von der Belebung erfasst werden und 2010 voraussichtlich mit einem realen Produktionsplus von rund 5% abschließen.

Die zyklische Erholung kann sich **2011** fortsetzen, sofern von den Finanzmärkten keine negativen Effekte auf die Weltwirtschaft ausgehen. Unterstützt wird diese positive Sichtweise dadurch, dass die asiatischen Schwellenländer eine robuste Entwicklung in der Krise gezeigt haben und sich das Wachstum in der Region beschleunigt. In diesem Fall ist mit einer zyklischen Erholung zu rechnen, die die industrielle Produktion stimuliert. Ausgehend vom erwarteten Verlaufsmuster wird das Jahr 2011 mit einem Überhang starten, so dass sich im Verlauf nur eine moderate Wachstumsbeschleunigung ergeben muss, um 2011 ein reales Plus von 8,5% zu erreichen. Im Falle jedoch, dass die Weltwirtschaft nur mäßig Fahrt aufnimmt und nicht auf einen dynamischen Wachstumspfad zurückkehrt, wird die deutsche Industrie 2011 dieses Ziel nicht erreichen können. Es wird unter diesen Bedingungen nur mit einem Plus von 3,5% gerechnet. (vgl. Abb. 8).

Abb. 8
Verarbeitendes Gewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

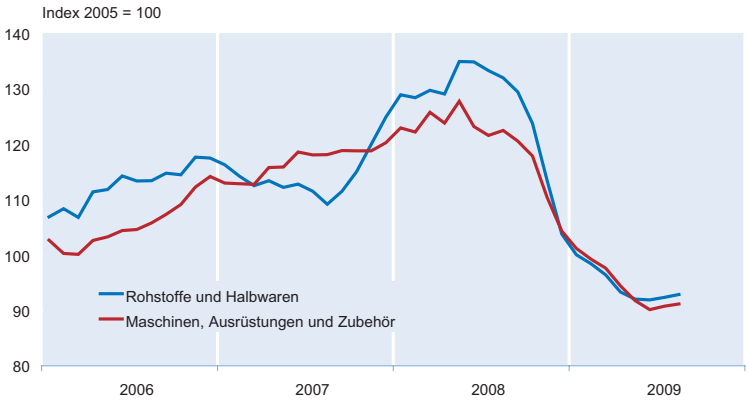
Branchenforum 2: Konjunkturelle Entwicklung im Handel

Josef Lachner

Im Branchenforum Handel beschäftigten sich die Referenten mit der konjunkturellen Entwicklung im Großhandel und im Einzelhandel, strukturellen Veränderungen im Einzelhandel und berichteten über spezifische Unternehmen des Bekleidungseinzelhandels sowie des regionalen Nahrungs- und Genussmittelgroßhandels.

Abb. 10

Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör und im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren



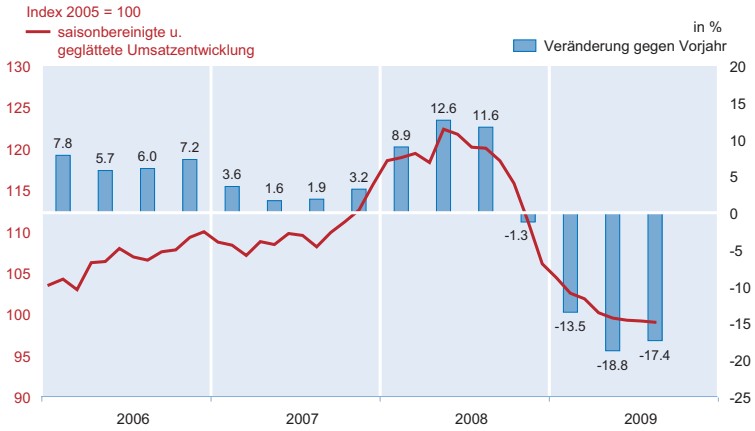
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Großhandel: Erhebliche Umsatzeinbußen

Über die konjunkturelle Entwicklung im Handel berichtete Arno Städtler, ifo Institut. Der institutionelle Großhandel (ohne Kraftfahrzeughandel und ohne Handelsvermittlung) verzeichnete in den zurückliegenden Jahren deutliche Umsatzzuwächse. Im Jahr 2008 waren die nominalen Umsätze der amtlichen Statistik zufolge um reichlich ein Drittel höher als im Jahr 2003. Real entspricht das einem Anstieg um etwa 15,7%. Im letzten Tertial des Jahres 2008 sind die Umsätze allerdings unter dem Einfluss der weltweiten Rezession deutlich zurückgegangen (vgl. Abb. 9). Ende des Jahres waren die nominalen Umsätze (saisonbereinigt) nahezu auf den Stand von Anfang 2006 gesunken. Im gesamten Jahr 2008 übertrafen sie das Vorjahresergebnis aber dennoch um 7,8 und real um 3,6%. In den ersten drei Quartalen 2009 hat die Abwärtsbewegung zwar deutlich nachgelassen, die Vorjahresumsätze wurden aber nominal um 16,7 und real um 9,2% verfehlt.

Abb. 9

Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

... insbesondere im Produktionsverbindungshandel

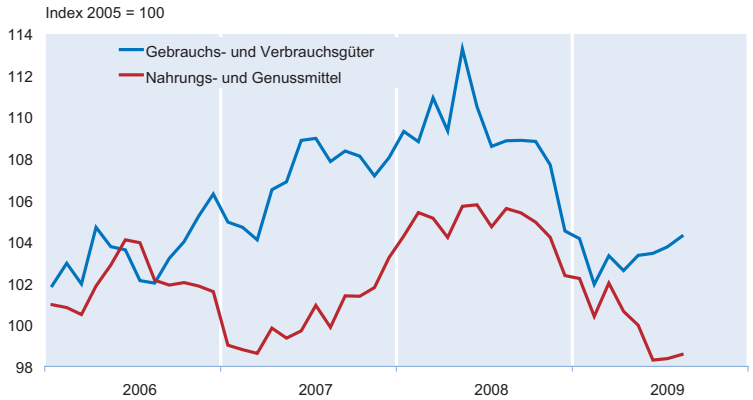
In den zurückliegenden Jahren verzeichnete vor allem der Produktionsverbindungshandel einen Umsatzanstieg. Er profitierte beim Vertrieb von Rohstoffen und Halbwaren von der lebhaften Zunahme der Produktion im verarbeitenden Gewerbe und im Investitionsgüterbereich von den gestiegenen Ausrüstungsinvestitionen. Im Zeitraum von 2003 bis 2008 erhöhten sich die Umsätze nominal um 47,9%. Dieses Plus ist jedoch in erheblichem Umfang auf gestiegene Verkaufspreise zurückzuführen. Real fiel der Zuwachs mit 19,0% wesentlich niedriger aus. Gegen Ende des Jahres 2008 sind die Umsätze deutlich gesunken. Diese Entwicklung setzte sich in den ersten fünf Monaten des Jahres 2009 abgeschwächt fort; seither gingen die Umsätze nur noch leicht zurück. Insgesamt waren die Umsätze der ersten drei Quartale 2009 um 24,6% niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres; real ergab sich ein Minus von 12,2%. Besonders starke Einbußen verzeichnete der Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren (vgl. Abb. 10). Der nominale Rückgang um 28,4% ist allerdings größtenteils auf gesunkene Verkaufspreise in den Bereichen »feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse« sowie »Erze, Metalle, Halbzeug« zurückzuführen. Real ergab sich im gesamten Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren ein Minus von 15,3%. Einen deutlichen Umsatzrückgang verzeichnete auch der Großhandel mit Maschinen und Ausrüstungen. Diese Sparte musste von Januar bis September 2009 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein nominales Minus von 24,2% hinnehmen (real: – 26,3%). In geringerem Ausmaß verfehlte der Großhandel mit landwirtschaftlichen

Grundstoffen und lebenden Tieren die Umsätze der ersten neun Monate des Jahres 2008. Für den Rückgang um 11,3% waren jedoch ausschließlich gesunkene Verkaufspreise verantwortlich. Die realen Umsätze sind um 16,8% gestiegen.

Weniger starke Rückgänge im Konsumgütergroßhandel

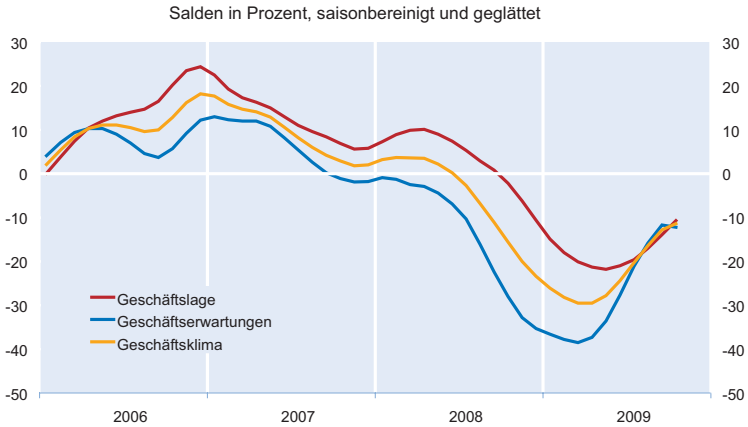
Wesentlich mäßiger als im Produktionsverbindungshandel schrumpften die Umsätze im Konsumgütergroßhandel. Sie blieben hier in den ersten neun Monaten des Jahres 2009 nominal um 5,9 und real um 5,5% hinter dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums zurück. Etwas geringer als im gesamten Konsumgütergroßhandel fielen die Umsatzeinbußen im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln aus (vgl. Abb. 11). Hier wurden die Ergebnisse der ersten drei Quartalen 2008 nominal um 5,6% verfehlt, was teilweise auf gesunkene Verkaufspreise zurückführen ist. Real belief sich der Rückgang auf 3,6%. Stärker als im Durchschnitt des gesamten Bereichs sanken die Umsätze im Großhandel mit Ge- und Verbrauchsgütern. Die Unternehmen dieses Bereichs büßten im Vergleich zu den nominalen Umsätzen der ersten neun Monate des Vorjahres 6,4% ein, was einem realen Minus von 7,1% entspricht. Beachtlichen Einbußen des Großhandels mit elektrischen Haushaltswaren und Geräten der Unterhaltungselektronik steht ein spürbarer Umsatzzuwachs im Großhandel mit kosmetischen Erzeugnissen und Körperpflegemitteln gegenüber. Im Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen entsprachen die Umsätze weitgehend dem Vorjahresergebnis.

Abb. 11
Entwicklung der nominalen Umsätze im Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln und im Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 12
Geschäftsentwicklung im Großhandel



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Nachlassende Skepsis

Nach einer deutlichen Verschlechterung des Geschäftsklimas in der zweiten Jahreshälfte 2008 und im ersten Quartal 2009 ergab sich im Großhandel insgesamt im April eine Verbesserung, die seither anhält. Ausschlaggebend waren dafür die sich aufhellenden Perspektiven, die allerdings nach wie vor überwiegend skeptisch eingeschätzt werden (vgl. Abb. 12). Die Wende bei den Erwartungen wird durch die moderate Verbesserung der Geschäftslage seit Juni bestätigt. Den Meldungen zufolge hat auch der Lagerdruck nachgelassen. Die insgesamt verbesserte Stimmung schlägt sich zudem in den Orderplänen nieder, die nun wesentlich weniger restriktiv sind als im März. Im gesamten Jahr 2009 ist von Umsätzen auszugehen, die das Vorjahresergebnis um 15% verfehlen. Im Jahr 2010 dürfte sich nur noch ein leichtes Minus ergeben.

Produktionsverbindungshandel: Stabilisierung der Umsätze erwartet

Den Meldungen des Produktionsverbindungshandels zufolge hat sich die Situation seit Beginn der zweiten Jahreshälfte 2009 zwar verbessert, die Unternehmen beurteilten ihre Lage aber nach wie vor überwiegend als schlecht. Die Firmen sahen im Oktober der Entwicklung in den kommenden Monaten skeptisch entgegen. Diese Zurückhaltung scheint nicht unbegründet zu sein. Im verarbeitenden Gewerbe, einer wichtigen Kundengruppe des Produktionsverbindungshandels, waren die Fertigungskapazitäten im September 2009 nur zu etwa 73% ausgelastet. Vor Jahresfrist hatten die Firmen noch über einen Auslastungsgrad von 84% berichtet. Aufgrund der deutlich reduzierten

Kapazitätsauslastung ist sowohl die Nachfrage nach Rohstoffen und Halbwaren zurückgegangen als auch die Bereitschaft, Ausrüstungsinvestitionen durchzuführen. Den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests vom Oktober zufolge war die Produktion allerdings kaum noch rückläufig, und auch in ihren kurzfristigen Plänen gingen die Industrieunternehmen nur noch vereinzelt von Einschränkungen aus. Für das gesamte Jahr 2009 ist aber nicht nur bei den Produktionsverbindungshändlern mit Umsatzeinbußen zu rechnen, die hauptsächlich Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes beliefern, sondern auch für die baunahen Großhändler. Im Wirtschaftsbau hinterlassen die Kapazitätsüberhänge in verschiedenen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft Spuren. Manche bereits genehmigte Vorhaben werden aufgeschoben, neue Projekte werden seltener in Angriff genommen. Auch im Wohnungsbau ist mit einem Rückgang zu rechnen. Das gilt speziell für den Neubau. Günstiger ist dagegen die Situation bei werterhöhenden Maßnahmen am Bestand. Stützend wirken auf die Bauinvestitionen die Maßnahmen der öffentlichen Hand.

Im gesamten Produktionsverbindungshandel dürften die Umsätze im Jahr 2009 um etwa ein Fünftel niedriger sein als im Vorjahr. Im Verlauf des Jahres 2010 wird der Umsatzrückgang im Produktionsverbindungshandel zum Stillstand kommen, die Umsätze werden dann leicht zunehmen, so dass für das gesamte Jahr mit einem Ergebnis gerechnet werden kann, das dem des Jahres 2009 weitgehend entspricht.

Konsumgütergroßhandel im Abwärtstrend

Im Konsumgütergroßhandel (ohne Kraftfahrzeuge) verschlechterte sich die Geschäftslage den Meldungen der Firmen im Rahmen des ifo Konjunkturtests zufolge in der ersten Jahreshälfte 2009 nur leicht, das dritte Quartal war sogar durch eine Verbesserung gekennzeichnet. Im gesamten Jahr 2009 dürften die Umsätze das Ergebnis des Vorjahres um etwa 5% verfehlen. Für den Konsumgütergroßhandel wird sich das Vorziehen von Pkw-Käufen eher nachteilig auswirken, weil für Käufe bei seinen Kunden weniger Kaufkraft zur Verfügung steht. Die vorangegangene rezessive Entwicklung stellt insbesondere für den Arbeitsmarkt eine erhebliche Hypothek dar. Sollte es hier in den kommenden Monaten zu einer deutlichen Verschlechterung kommen, so ist mit spürbaren Bremswirkungen auf den privaten Konsum zu rechnen. Besonders betroffen wird davon voraussichtlich die Gastronomie sein. Die Konsumenten werden im Jahr 2010 aber auch im Einzelhandel verstärkt Preisbewusstsein praktizieren und jene Formate bevorzugen, die als besonders günstig gelten. Diese Geschäftstypen gehören üblicherweise nicht zum Kundenkreis des traditionellen Konsumgütergroßhandels. Somit ist für 2010 von einem Umsatzminus in der Größenordnung von 2% auszugehen.

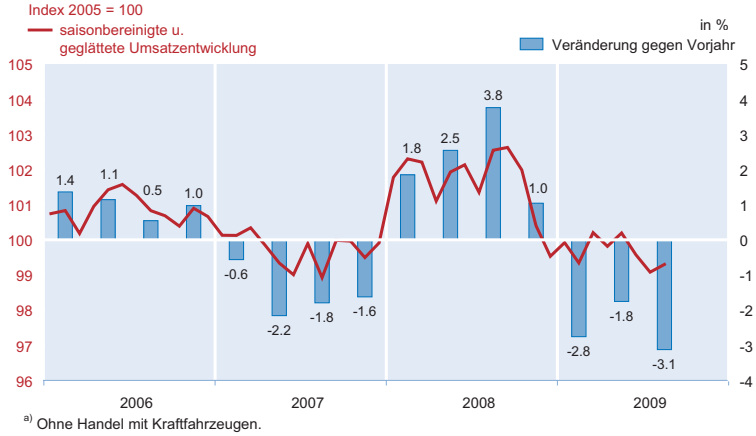
Umsätze im Einzelhandel nur leicht gesunken

Die Umsätze des Einzelhandels (ohne Kraftfahrzeughandel) haben sich trotz der scharfen Rezession als erstaunlich robust erwiesen (vgl. Abb. 13). Zwar sind sie im vierten Quartal des Jahres 2008 den Daten des Statistischen Bundesamtes zufolge deutlich geschrumpft, im gesamten Jahr 2008 erzielten die Einzelhändler aber dennoch ein um 2,3% höheres nominales Umsatzergebnis als im Vorjahr. Dieses Plus ist jedoch größtenteils auf gestiegene Verkaufspreise zurückzuführen. Real ergab sich ein Zuwachs von lediglich 0,1%. In der ersten Hälfte des Jahres 2009 bewegten sich die Umsätze auf dem erreichten niedrigen Niveau eher seitwärts. Daran schloss sich zu Beginn der zweiten Jahreshälfte ein leichter Umsatzrückgang an. In den ersten drei Quartalen 2009 verfehlten die Einzelhändler das Umsatzergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums nominal um 2,5 und real um 1,8%.

Geringfügig stärker als im Durchschnitt des gesamten Einzelhandels verringerten sich die Umsätze im Versandhandel (nominal: – 3,6%; real: – 4,8%). Im stationären Einzelhandel blieben die Umsätze von Januar bis September nominal um 1,8 und real um 1,7% hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Innerhalb des stationären Einzelhandels bestehen zwischen den verschiedenen Sparten beachtliche Unterschiede. Wesentlich besser als in den ersten neun Monaten des Vorjahres haben die Einzelhändler mit Fahrrädern, Fahrrad-

Abb. 13
Entwicklung der nominalen Umsätze im Einzelhandel[a)]

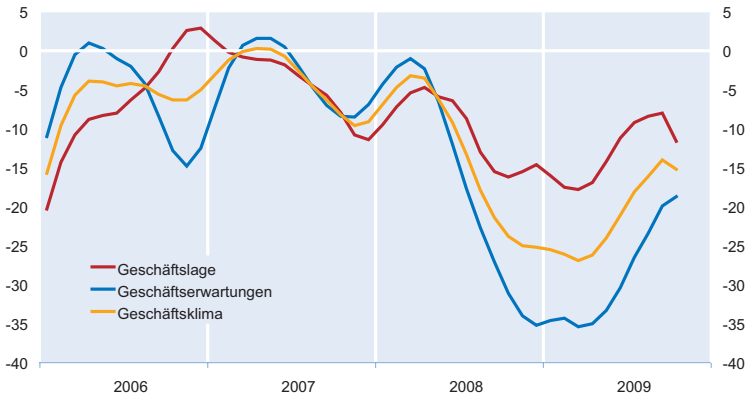


[a)] Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

teilen und -zubehör abgeschnitten. Sie übertrafen das damalige Umsatzergebnis nominal um 7,2 und real um 5,1%. Ein nominales Umsatzplus von 2,1% ergab sich für den Bereich »Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln«; real bedeutet das einen Anstieg um 1,0%. Nominale Umsatzeinbußen traten vor allem bei den Tankstellen (nominal: – 14,0%; real: – 0,2%) und dem Einzelhandel mit Computern, Computerteilen, peripheren Einheiten und Software (nominal: – 11,2%; real: – 0,5%) ein. Außerdem verzeichneten auch die sonstigen Sortimenter (hauptsächlich Non-Food), zu denen die Warenhäuser und Kaufhäuser gehören, einen erneuten Umsatzrückgang (nominal: – 5,6%; real: – 6,3%).

Abb. 14
Geschäftsentwicklung im Einzelhandel

Salden in Prozent, saisonbereinigt und geglättet



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Restriktive Bestellpläne des Einzelhandels

Das Geschäftsklima im Einzelhandel, das aus Erhebungsergebnissen des ifo Konjunkturtests ermittelt wird, hat sich auch im Frühjahr 2009 noch etwas eingetrübt (vgl. Abb. 14). Seither ist eine tendenzielle Verbesserung erkennbar. Die Unternehmen bewerten inzwischen ihre Geschäftslage bei weitem nicht mehr so häufig als schlecht wie zur Jahreswende und sehen der zukünftigen Entwicklung weniger skeptisch entgegen. Die Bestellpläne der Einzelhändler waren im Oktober jedoch ähnlich häufig wie zu Jahresbeginn von Zurückhaltung geprägt. Auch ihre Beschäftigtenpläne waren auf Einschränkungen ausgerichtet, nachdem die Arbeitsproduktivität den Ergebnissen der amtlichen Statistik zufolge im ersten Halbjahr zurückgegangen war. Die Unternehmen hatten in dieser Zeit wohl versucht, dem geringeren Arbeitsanfall mit dem Abbau von Überstunden und Urlaubsüberhängen sowie durch zunehmende Kurzarbeit zu begegnen.

Für 2009 Umsatzminus erwartet

Neben den Erwartungen der Einzelhändler deuten auch die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Einflussfaktoren für das Jahr 2009 auf einen im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Umsatz hin. So wird das Gesamteinkommen der privaten Haushalte gegenüber dem Vorjahr nur noch um 0,2% zunehmen (2008: + 2,7%). Etwas stärker wird zwar der private Verbrauch steigen, was allerdings eher den Verwendungsbereichen zugute kommt, die nicht einzelhandelsrelevant sind (z.B. Tourismus, Kraftfahrzeuge). Die im Vergleich zum verfügbaren Einkommen stärkere Zunahme des privaten Verbrauchs ist der geringeren Sparneigung zu verdanken. Die Sparquote wird im Jahr 2009 nämlich leicht zurückgehen, in Zusammenhang mit der Abwrackprämie. Die Umsatzentwicklung des Einzelhandels dürfte durch diesen staatlichen Anreiz jedoch eher negativ tangiert sein, weil Kaufkraft gebunden wurde und nun nicht für Käufe im Einzelhandel zur Verfügung steht. Alles in allem werden die Umsätze das Vorjahresergebnis um etwa 2,5 bis 3% verfehlen.

Umsatzrückgang setzt sich 2010 fort

Im nächsten Jahr werden die Bruttolöhne und -gehälter infolge der erwarteten Verschlechterung am Arbeitsmarkt und merklich geringerer Tariflohnsteigerungen sinken. Netto ergibt sich aber dennoch ein geringfügiges Plus, da die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung in der Regel nunmehr steuerlich voll abgesetzt werden können. Das gesamte verfügbare Einkommen wird etwas höher sein als im Jahr 2009. Die privaten Haushalte werden nach dem Vorziehen des Autokaufs aber wieder stärker sparen. Die Sparquote wird steigen. Als Folge davon wird der private Verbrauch sinken. Es ist damit zu rechnen, dass die Umsätze im Einzelhandel ebenfalls zurückgehen werden und das Vorjahresniveau um etwa 2% verfehlen. Die Konsumenten werden vor allem beim Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs in dieser Phase vermehrt Geschäftstypen bevorzugen, die sich das Image eines preisgünstigen Anbieters erworben haben. Die besondere Aufmerksamkeit der Verbraucher wird den Sonderangebotsaktionen gelten. Außerdem werden sie versuchen, Spontankäufe zu vermeiden. Im Nahrungs- und Genussmitteleinzelhandel dürfte die Entwicklung je nach Geschäftstyp recht unterschiedlich verlaufen. Vorteilen für die Discounter und sonstigen preisaktiven Angebotsformen stehen Marktanteilsverluste für die Fachgeschäfte gegenüber. Insgesamt werden hier die Umsätze leicht sinken. Mit Umsatzeinbußen muss auch im Non-Food-Einzelhandel gerechnet werden, wobei bedienungsarme, großflächige Fachmärkte speziell

im Verkauf weniger beratungsbedürftiger Waren Wettbewerbsvorteile haben dürften.

Anhaltender Bedeutungsverlust der Warenhäuser

Über Analyseergebnisse zu Strukturveränderungen im deutschen Einzelhandel informierte Frau Kappeler von der GfK GeoMarketing GmbH. Sie zeigte auf, wie sich die Marktanteile der verschiedenen Angebotstypen bzw. Betriebsformen im Einzelhandel verändert haben. Zu den Marktanteilsgewinnern im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 gehören insbesondere die Lebensmitteldiscounter. Dagegen mussten in dieser Zeit vor allem die traditionellen Fachgeschäfte und besonders die Warenhäuser Marktanteilsverluste hinnehmen. So kamen die Warenhäuser zur Jahrhundertwende noch auf einen Marktanteil von 4,2%. Im Jahr 2008 belief sich der Marktanteil dieses Angebotstyps, der in manchen Orten nach wie vor als Käufermagnet für die Innenstädte gilt, bundesweit nur noch auf 3,0%. Noch eindrucksvoller zeigt den Bedeutungsverlust der Warenhäuser der Vergleich mit den Marktanteilen in den 1960er und 1970er Jahren. Seinerzeit erreichten die Warenhäuser einen Anteil am Einzelhandelsumsatz von etwa 13%.

Die beiden vorangegangenen Dekaden waren geprägt durch eine nur leichte Zunahme der Umsätze im Einzelhandel insgesamt. Da sich die Verkaufsfläche stärker erhöhte, nahm die Flächenproduktivität spürbar ab. Die Untersuchungsergebnisse der GfK GeoMarketing zeigen für die 81 deutschen Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern teilweise deutliche Unterschiede hinsichtlich der Entwicklung des Einzelhandels in der Innenstadt und dem übrigen Stadtgebiet. Im Zeitraum von 1992 bis 2003 hat die Verkaufsfläche in den Städten insgesamt um knapp ein Drittel zugenommen. Die Innenstädte profitierten davon jedoch nur unterdurchschnittlich. Hier nahm die Verkaufsfläche lediglich um 12% zu. Dagegen erhöhte sie sich im übrigen Stadtgebiet um nahezu 40%. Besonders stark zeigt sich die Expansion der Verkaufsfläche in den ostdeutschen Städten. Wenngleich auch hier die Verkaufsflächenzunahme in den Innenstädten hinter der Gesamtentwicklung zurückblieb, war hier der Entwicklungsunterschied zwischen den Innenstädten und den übrigen Stadtgebieten weniger stark ausgeprägt. Zwischen 2003 und 2008 hat deutschlandweit vor allem die Zunahme der Verkaufsfläche in den übrigen Stadtgebieten deutlich nachgelassen, sie expandierte in diesem Zeitraum nur geringfügig stärker als in den Innenstädten. In den neuen Bundesländern nahm die Verkaufsfläche in diesem Zeitraum in den Innenstädten sogar reichlich doppelt so stark zu wie in den übrigen Stadtgebieten. Darin kommt eine gestiegene Attraktivität der Innenstädte zum Ausdruck. In den ostdeutschen Städten verzeichneten die Geschäfte in den Innenstädten nämlich einen Umsatzanstieg, während die Einzelhändler in den übrigen Stadtgebieten erhebliche Umsatzverluste erlitten haben.

Insgesamt resümierte Frau Kappeler einen klaren Trend in die Innenstädte. Dieser spiegelt sich auch bei den Standorten neu eröffneter Shoppingcenter wider: Denn während in der ersten Hälfte der 1990er Jahre mehr als drei Viertel aller neu eröffneten Center auf der Grünen Wiese oder in den einzelnen Stadtteilen lokalisiert waren, dominiert inzwischen ganz klar die Innenstadt als Standort für neue Center.

Im zweiten Teil ihres Vortrags ging Frau Kappeler auf die schwierige Situation der Warenhäuser ein und deren Folgen für die Innenstädte. In den betroffenen Kommunen ist das Erschrecken verständlicherweise groß. Es wird befürchtet, dass die Zugkraft der jeweiligen Innenstädte deutlich nachlassen wird. Nach Ansicht von Frau Kappeler wird allerdings verkannt, dass solche Waren- oder Kaufhäuser, die nur noch Flächenleistungen von 2 500 Euro/m^2 und deutlich weniger generieren, nicht mehr die Rolle als Magnet spielen. Im Übrigen trägt das heutige Erscheinungsbild vieler Objekte kaum zu einem stimmungsvollen Einkaufsambiente einer Innenstadt bei.

Wie es nach der Schließung von Warenhäusern speziell an zentralen Innenstadtlagen weitergehen kann, zeigte Frau Kappeler anhand verschiedener Nachnutzungsoptionen für die frei gewordenen Immobilien bzw. Standorte auf. Generell kommt die Ansiedlung modernerer oder passenderer Einzelhandelsformate in Frage.

Folgende Optionen sollten geprüft werden:

- Die Nachnutzung durch einen anderen Großflächenbetreiber (z.B. Großbuchhandlung), was allerdings nur bei kleineren Häusern möglich ist.
- Die Aufteilung der Immobilie in ein Geschäftshaus mit mehreren Mieteinheiten. Dies bietet in Klein- und Mittelstädten die Chance, oftmals fehlende moderne und ausreichend große Flächen bereitstellen zu können.
- Die Entwicklung eines Shoppingcenters, wobei hier je nach Größe des Objektes und der Standortgemeinde eine sehr differenzierte Betrachtung notwendig ist (Stichworte: Geschossigkeit, notwendige Grundstücksarrondierung und Potential im Einzugsgebiet).
- Die Einrichtung eines SB-Warenhauses, was eine Option für Standorte jenseits der innerstädtischen A-Lagen bzw. bei zu geringem Potential für ein Shoppingcenter darstellt.

Für jeden Standort und jedes Objekt muss ausgehend von den immobilienspezifischen Gegebenheiten und den standort- und marktseitigen Rahmenbedingungen nach individuellen Lösungen gesucht werden. Dieses voraus-

gesetzt, kann die Aufgabe von Waren- und Kaufhäusern erhebliche Chancen und Potentiale für attraktivere Innenstädte eröffnen, indem das innerstädtische Angebotsspektrum an einem maßgeblichen Platz des innerstädtischen Lagegefüges nachhaltig belebt bzw. leistungsstärker gemacht wird.

Regionale Großhändler bieten umfassende Betreuung der angeschlossenen Einzelhändler

Ein Portrait der EDEKA Handelsgesellschaft Südbayern mbH zeichnete Herr Maier, Geschäftsführer dieses Unternehmens. Die EDEKA-Gruppe ist durch zwei Kerngeschäftsfelder charakterisiert. Traditionell gehören dazu die selbständigen Kaufleute, die ein Vollsortiment des Lebensmittelhandels führen. Ein weiteres wichtiges Standbein ist der Marken-Discount. Über das Tochterunternehmen Netto Marken-Discount ist die EDEKA-Zentrale in diesem Angebotstypensegment direkt im operativen Einzelhandelsgeschäft tätig. Die EDEKA-Gruppe ist genossenschaftlich strukturiert. Basis sind 4 500 selbständige Kaufleute, die in sieben regionalen Genossenschaften zusammengeschlossen sind. Gemäß der Genossenschaftssatzung besteht der Zweck der Genossenschaft in der wirtschaftlichen Förderung der Mitglieder. Die Möglichkeit einer Mitgliedschaft bietet sich nur für aktiv tätige selbständige Kaufleute. Beenden sie ihre aktive Tätigkeit, erlischt ihre Mitgliedschaft. Damit ist ausgeschlossen, dass Wettbewerber oder Hedgefonds Anteile der Zentrale oder der regionalen Gesellschaften erwerben können. Durch die starke, teilweise persönliche Identifikation der Geschäftsinhaber mit dem Ort, in dem sie die einzelnen Geschäfte betreiben, entsteht eine einzigartige Form der Kundenbindung. Diese wird unterstützt durch den Vertrieb von regional erzeugten Produkten. Dadurch fließt Kaufkraft in die Region zurück. Eigene Produktionsbetriebe der EDEKA-Organisation fungieren als Partner für die regionale Landwirtschaft. Durch das Engagement in der Fertigung hat die Gruppe bessere Möglichkeiten, sich durch Produktinnovationen zu profilieren und durch besonders qualitätvolle Waren Wettbewerbsvorteile in einem ansonsten stark durch Preisaktivitäten gekennzeichneten Markt zu erringen. Innerhalb der unternehmerischen Strategie kommt ökologischen Aspekten, wie schonende Energie- und Ressourcenverwendung, besondere Bedeutung zu. Das Warensortiment der Vollsortimenter im Einzelhandel, das oft 30 000 Artikel und mehr umfasst, schließt neben besonders preisgünstigen Artikeln der gruppeneigenen Dachmarke auch Produkte mittlerer Preiskategorien bis hin zu Artikeln des Premiumsegments ein. Die Kaufleute, die teilweise auch mehrere Geschäfte führen, werden durch einen leistungsfähigen Großhandel gefördert. Der Großhandel nimmt die Position einer Serviceeinrichtung für die Einzelhändler wahr. Zu den Maßnahmen gehören die Standortanalyse und die Rentabilitätsplanung, die Einrichtungsplanung, die Finanzierung der Ware sowie die Unterstützung durch Mietsubventionen. Um eine positive Einstellung zum Unternehmen sowie den vertriebenen Produkten zu erzeugen, betreiben die Großhändler Aus- und Weiterbildung. Die Aktivitäten in diesem Leistungssegment schließen beispielsweise die Ausbildung zu Einzelhandelskaufleuten sowie die Vorbereitung der Existenzgründer ein. Um die Qualität der einzelnen Geschäfte zu überprüfen, werden Testkäufe durchgeführt. Die Attraktivität wird durch Ladenkonzepte gefördert, die an die regionalen und lokalen Gegebenheiten angepasst sind. Um Anreize für besondere architektonische Konzepte zu bieten, werden Wettbewerbe durchgeführt. Spezifische Ladengrößen, Einrichtungen und Ausstattungen sowie Sortimente, in denen regionale Erzeugnisse besonders wichtig sind, stärken die Individualität der einzelnen Geschäfte.

Unverwechselbares Profil sichert Attraktivität im Bekleidungseinzelhandel

Einen Einblick in die Situation eines renommierten Textileinzelhandelsgeschäfts am Standort München bot Herr Eberle, der geschäftsführender Gesellschafter der Konen Bekleidungshaus KG ist. Bei der Firma Konen handelt es sich um ein Familienunternehmen, das seit 1936 besteht. Im Jahr 2002 wurden einige Veränderungen vorgenommen. Die eigene Fertigung in der Konen Herrenkleiderfabrik KG in München, deren Produkte die Marke »Atelier Torino« trugen, wurde eingestellt und die Aktivitäten im Einzelhandel auf die Standorte in München und Luxemburg konzentriert. Inzwischen verfügt das Geschäft in München über eine Verkaufsfläche von 12 500 qm und das in Luxemburg von 11 000 qm. Insgesamt sind in der Unternehmensgruppe etwa 750 Mitarbeiter beschäftigt.

Eine Spezialität der Konen Bekleidungshäuser ist ihr Warenangebot, das sowohl Damen-, Herren- als auch Kinderbekleidung umfasst. Gut die Hälfte des Umsatzes wird mit Damenbekleidung erzielt, reichlich zwei Fünftel mit Herrenbekleidung und etwa 3% mit Kinderbekleidung. In allen Bereichen wird ein hoher Servicegrad geboten. Das Verkaufspersonal ist gehalten, sich Zeit für die individuelle Beratung der Kunden zu nehmen. Die Verkäufer sollen die Kunden zudem bei der Orientierung im vielfältigen Angebot unterstützen. Die Intention des professionellen Umgangs mit den Kunden spiegelt sich auch in einer zielgruppenorientierten Warenpräsentation auf modernen Warenträgern wider (keine »Ärmelparade«). Die Kunden erwarten heutzutage neben einer zeitgemäßen, einladenden Architektur ein geschmackvolles und abwechslungsreiches Ambiente. Die Zielgruppe der Fa. Konen sind anspruchsvolle Kunden, denen Artikel bekannter Markenhersteller sowie moderne, qualitativ hochwertige Handelsmarken geboten werden. Konen praktiziert eine faire Verkaufspreispolitik und verzichtet weitgehend auf Aktionen. Im Zuge der Wettbewerbsauseinandersetzung

sieht sich Konen jedoch gezwungen, Preisnachlässe auf einzelne Produkte zu gewähren, wenn Konkurrenten mit Preissenkungen werben.

Die konkrete Marktposition von Konen in München unterscheidet sich von der in Luxemburg recht deutlich. In München sind neben Konen in den verschiedenen Bekleidungsbereichen noch andere wichtige Anbieter vertreten, in Luxemburg nimmt Konen die Stellung des Marktführers ein.

Herr Eberle vermisst die Möglichkeit des Verkaufs außerhalb der regulären Ladenöffnungszeiten. Abendöffnungen, so ist seine Erfahrung, bieten den Kunden die Gelegenheit, sich ohne Zeitdruck zu informieren und die verschiedenen Waren zu begutachten und Kombinationen auszuprobieren. Ohnehin beobachtet Herr Eberle, dass sich die bevorzugten Einkaufszeiten verschieben. Tendenziell werden die Abende sowie Sonderöffnungen stärker genutzt. Die Wirtschaftskrise schlägt sich allerdings auch auf den Besuch von Kongressen nieder. Das hat nicht nur negative Auswirkungen auf die Buchung bei hochwertigen Hotels, sondern auch auf die Einkäufe im Einzelhandel. Die Umsätze mit zahlungskräftigen Kunden gehen zurück. Die aktuelle wirtschaftliche Situation führt bei den Kunden nach den Beobachtungen von Herrn Eberle eher zu einem Verzicht von Bedarfskäufen. Hier ergaben sich in manchen Sortimentsbereichen Umsatzrückgänge von rund einem Fünftel. Die Kunden würden – so seine Beobachtung – Käufe von Anzügen, Hemden und dergleichen eher hinauszögern. Der Absatz von Produkten, die eher zu Spontankäufen einladen, würde dagegen stagnieren oder sogar zunehmen. Das Minus bei den Bedarfskäufen kann dadurch aber nicht kompensiert werden.

Auch die Diskussion um die Schließung von Warenhäusern und Textilkaufhäusern wirkt sich ungünstig auf die Kaufbereitschaft der Verbraucher aus. Konen setzt verstärkt auf die Emotionalität des Verkaufs, versucht mit der Präsentation Ideen zu liefern und die Kunden mit der Werbung direkt anzusprechen (keine anonymen Prospekte). Das setzt die persönliche Beziehung zwischen dem Verkaufspersonal und den Kunden voraus.

Branchenforum 3: Konjunkturelle Entwicklung im Bausektor

Erich Gluch und Ludwig Dorffmeister

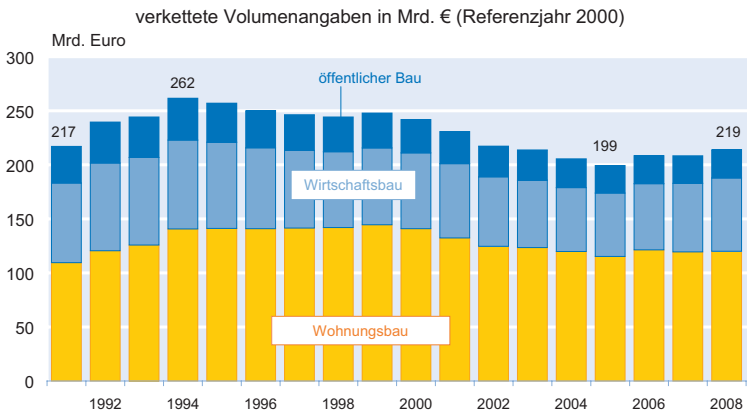
Im einleitenden Referat ging Erich Gluch, ifo Institut, zunächst auf die Entwicklung der Bautätigkeit seit Beginn der 1990er Jahre ein. So stiegen im Rahmen des Wiedervereinigungsbooms die Bauinvestitionen von rund 217 Mrd. € im Jahr 1991 in nur drei Jahren bis auf 262 Mrd. € (vgl. Abb. 15). Diesem kräftigen Wachstumsschub folgte eine elfjährige Phase rückläufiger Baunachfrage – mit lediglich einer kurzen Unterbrechung im Jahr 1999. In den letzten 3 Jahren expandierten die Bauinvestitionen wieder, so dass 2008 mit 219 Mrd. € in etwa das gleiche Volumen realisiert wurde wie bereits 1991.

Stimmung im Bauhauptgewerbe trotz Rezession nur leicht eingetrübt

Betrachtet man lediglich die letzten Jahre, so wird deutlich, dass das Bauhauptgewerbe im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe seit Mitte 2007 relativ »gut« abschnitt. Während das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe zwischen Sommer 2007 und Frühjahr 2009 so kräftig einbrach wie noch nie in einer Rezession, trübte sich das Geschäftsklima in der Bauwirtschaft im gleichen Zeitraum lediglich etwas ein. Eine ganz ähnliche Entwicklung vollzog sich auch bei den Auftragsbeständen sowie bei der Produktion. Das heißt, die Situation ist am Bau – zumindest im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe – derzeit gar nicht so schlecht.

Die gewerbliche Baunachfrage entwickelte sich in den drei Jahren 2006 bis 2008 überaus prächtig. Getrieben vom wirtschaftlichen Aufschwung belebte sich auch die Baunach-

Abb. 15
Bauinvestitionen in Deutschland 1991 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt.

frage kräftig. Der Wirtschaftsbau wurde dadurch in dieser Periode zur bestimmenden Komponente der Baunachfrage. Die gewerblichen Bauinvestitionen stiegen allein in diesen drei Jahren um (real) 16%.

Den Unternehmen war es in diesen Jahren gelungen, durch Kosteneinsparungen, vor allem im Personalbereich, ihre Gewinnmargen wieder zu erhöhen. Alles hätte – zumindest in leicht abgeschwächtem Umfang – so weiter gehen können. Denn selbst die oft geschmähten deutschen Schlusslicht-Wachstumsraten waren echtes Wachstum – und nicht mittels hedonischer Preisberechnungen trickreich nach oben geschraubt. Die deutschen Immobilienmärkte zeigten keine Blasenbildung – und die Verschuldung der privaten Haushalte sowie der Unternehmen bewegte sich in einem angemessenen Rahmen.

Globale Wirtschaftskrise traf deutsche Unternehmen mit voller Wucht

Aber seit gut zwei Jahrzehnten tickte eine Zeitbombe, von deren Existenz die Unternehmen keine Ahnung haben konnten. Ahnungslose Theoretiker der Ökonomenzunft hatten die Ideen dafür geliefert, pfiffige Banker mit Hilfe genialer Mathematiker die Bausätze gefertigt, Politiker die Lunte gelegt. Geschäftstüchtige oder gar kriminelle Institutionen in den Vereinigten Staaten konnten zwar lange Zeit das Abbrennen der Lunte hinauszögern. Aber spätestens nach der Lehman-Pleite konnte der Schwindel mit nahezu wertlosen strukturierten Finanzprodukten wie CDO (Collateralized Debt Obligations) – Derivate, die sich aus mit Hypothekenkrediten besicherten Wertpapieren ableiten – nicht mehr weiter vertuscht werden. Ein Kartenhaus brach zusammen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise – mit Nachfrageeinbrüchen in allen Sektoren, so gut wie weltweit – traf die gewerblichen Unternehmen sowie die Dienstleister mit voller Wucht. Die Produktionen mussten innerhalb kürzester Zeit rigoros zurückgefahren werden. Dies betraf insbesondere den exportorientierten Maschinen- und Automobilbau.

Die meisten Branchen befinden sich demzufolge in einem gewaltigen Restrukturierungsprozess, der ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder sichern soll. Das heißt, die vorhandenen Kapazitäten müssen angepasst werden. Dabei kommt es jedoch nicht nur zu einem Zurückfahren der Produktionsanlagen. Denn mittlerweile werden immer häufiger auch wieder Produktionsbereiche, die noch vor wenigen Jahren nach Osteuropa oder China »offgeshored« worden waren, wieder zurück nach Deutschland geholt. Die vermeintlichen Vorteile geringerer Kosten konnten nämlich in der letzten Zeit häufig nicht mehr in dem geplanten Umfang realisiert werden. Dennoch werden zunächst eher die restriktiven Maßnahmen dominieren, d.h. Straffung oder Neuausrichtung der Produktpalette sowie Konzentration auf mögliche Kostenreduzierungen. Daher dürften in etlichen Fällen fest geplante Investitionsprojekte zurückgestellt – oder gar gestrichen werden.

Erst wenn in der Industrie wieder nachhaltig Gewinne erwirtschaftet werden, dürften sich die Unternehmen auch wieder überdurchschnittlich oft veranlasst sehen, Bauinvestitionen vorzunehmen. Dies gilt selbstverständlich in gleichem Maße auch für den Dienstleistungssektor.

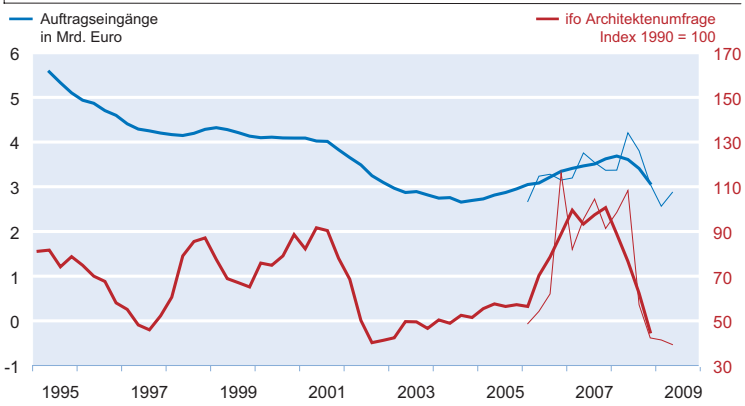
Keine rasche Erholung des Wirtschaftsbaus erwartet

Dass im gewerblichen Bau nicht mit einer schnellen Erholung gerechnet werden kann, zeigen auch verschiedene Frühindikatoren. So haben sich, nach den Umfragen des ifo Instituts, sowohl die Geschäftslage als auch die Perspektiven für die nächsten sechs Monate seit Mitte 2007 nahezu kontinuierlich verschlechtert. Die Auftragseingänge im gewerblichen Bau schrumpften seit dem Sommer des vorigen Jahres. Die freischaffenden Architekten konnten noch im ersten Halbjahr 2008 umfangreiche Aufträge von gewerblichen Auftraggebern erhalten. Die Planungsaufträge für Wirtschaftsbauten brachen jedoch im zweiten Halbjahr total ein. Sie erreichten nur noch rund die Hälfte des Volumens vom ersten Halbjahr 2008 (vgl. Abb. 16).

Die gewerblichen Bauinvestitionen werden daher in diesem Jahr kräftig schrumpfen (– 5%). Der Rückgang wür-

Abb. 16

Auftragseingänge im gewerblichen Hochbau und gewerbliche Aufträge der freischaffenden Architekten

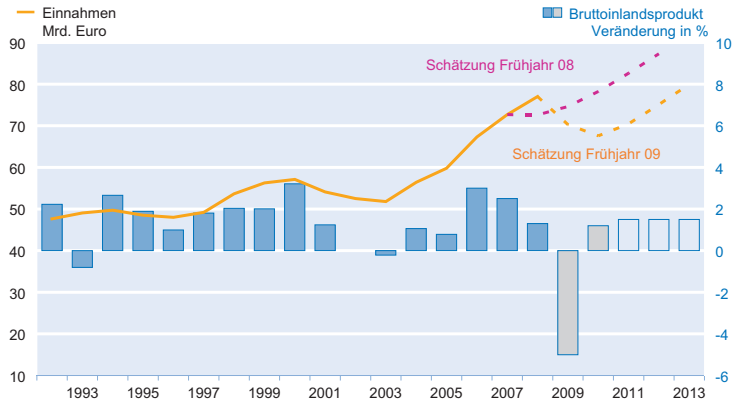


Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

de sogar noch größer ausfallen, wenn es im ersten Halbjahr nicht noch zur Weiterführung bzw. Fertigstellung zahlreicher größerer Projekte gekommen wäre, mit denen schon im Vorjahr – oder in den Vorjahren – begonnen worden war. Auch 2010 (– 3%) und 2011 (– 1%) wird der gewerbliche Bau noch rückläufig sein.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind allein in den sechs Jahren zwischen 2000 und 2005 um fast ein Viertel geschrumpft. 2006 stiegen die Baumaßnahmen der öffentlichen Hand dann zwar um 1,5%. 2007 war die Entwicklung jedoch bereits wieder negativ (– 1,3%). Insbesondere die verbesserte Kassensituation bei den Kommunen führte 2008 wieder zu steigenden Investitionen (+ 1,7%).

Abb. 17
Steuereinnahmen der Gemeinden und Bruttoinlandsprodukt 1992 bis 2013



Quelle: BMF, Arbeitskreis „Steuerschätzung"; Stat. Bundesamt; ifo Institut.

Für dieses Jahr weisen die Frühindikatoren noch nicht auf eine euphorische Entwicklung der öffentlichen Baunachfrage hin. So verbesserten sich zwar die Geschäftslageurteile – und vor allem die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate – infolge der Verkündigung der beiden Konjunkturprogramme ein wenig. Die Umsetzung der Investitionsvorhaben verläuft aber bislang noch sehr schleppend.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe zeigten zumindest bis Jahresmitte noch keine sichtliche Belebung. Lediglich bei den freischaffenden Architekten setzte sich der Aufwärtstrend bei den hereingenommenen öffentlichen Planungsaufträgen – der allerdings bereits Anfang 2007 begonnen hatte – fort.

Kommunen kämpfen mit sinkenden Gewerbesteuereinnahmen

Berücksichtigt man die stark gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen seit 2004, so überrascht die schwache Entwicklung der öffentlichen Baunachfrage. Rund 60% der öffentlichen Baumaßnahmen werden nämlich von Städten und Gemeinden in Auftrag gegeben. So stiegen die Gewerbesteuereinnahmen im Zeitraum 2004 bis 2008 um rund 70%. Gleichzeitig schrumpften jedoch die öffentlichen Bauinvestitionen. Die meisten Kommunen nutzten die verbesserte Einnahmesituation in erster Linie dazu, ihre Haushalte zu konsolidieren.

In diesem Jahr sind die Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinden, bedingt durch die dramatischen Gewinneinbrüche in den meisten Branchen, deutlich auf Talfahrt. War im ersten Quartal nur ein geringes Minus zu verzeichnen, so liegt der vorläufige Wert für das zweite Quartal 2009 bereits bei – 25%. Der Arbeitskreis Steuerschätzung korrigierte demzufolge auch seine Mittelfristprognose im Frühjahr 2009 deutlich nach unten. Danach werden die gesamten Steuereinnahmen der Gemeinden vor allem 2009 einbrechen (– 10%), ab 2011 jedoch wieder moderat ansteigen, so dass 2013 das Niveau des Jahres 2008 sogar leicht übertroffen werden dürfte (vgl. Abb. 17).

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden bis 2011 vor allem vom Konjunkturpaket II/Zukunftsinvestitionsgesetz geprägt werden. Danach werden vom Bund 10 Mrd. € an zusätzlichen Mitteln vom Bund bereitgestellt, um den Ländern und Kommunen zusätzliche Investitionen zu ermöglichen. Die Länder steuern weitere 3,3 Mrd. € bei.

Eines der Hauptanliegen des Bundes beim Zukunftsinvestitionsgesetz war es, Maßnahmen zu initiieren, die schnell und breit gestreut eine belebende Wirkung auf die Konjunktur ausüben können. Daher sollte ein möglichst unbürokratisches Verfahren gewählt werden, um die Mittel rasch dahin zu bringen wo sie gebraucht werden: So sind die Gelder zwar zweckgebunden, die Länder legen aber selbst fest, wo die Fördermittel innerhalb dieses Rahmens eingesetzt werden.

Der Bund übt keinen Einfluss aus und kontrolliert auch den Einsatz der Mittel im Vorfeld nicht. Nach Abschluss der Vorhaben müssen die Länder allerdings dem Bund den Nachweis erbringen, dass die Mittel entsprechend den Vorgaben des Artikel 104b GG und der Regelungen des Zukunftsinvestitionsgesetzes verwendet wurden. Die Länder müssen nach Abschluss der Projekte umfassend Rechenschaft darüber ablegen, was wie finanziert wurde. Der Bund prüft diese Informationen und kann Mittel zurückfordern, wenn der Einsatz nicht zweckgerecht war.

Spürbare Stimulierung durch das zweite Konjunkturpaket erst 2010

Trotz aller Vorsätze zum Bürokratieabbau benötigte ein derart umfangreiches Programm sicherlich viele Tausende von »Beamtentagen«, bis der erste Auftrag vergeben werden konnte. Es dürfte daher eine große Überraschung sein, wenn 40% der gesamten Investitionen bereits in diesem Jahr beschäftigungswirksam werden würden. Eine derart hohe Quote ermittelte nämlich Ernst & Young in einer repräsentativen Umfrage bei 300 Kommunen im Mai dieses Jahres. Ebenfalls nach dieser Studie sollen die übrigen 52% in 2010 sowie 8% im Jahr 2011 investiert werden.

Auch wenn zum Erhebungszeitpunkt bereits konkrete Investitionsplanungen für 70% (Westdeutschland) bis 75% (Ostdeutschland) der zur Verfügung stehenden Mittel vorlagen, dürfte der auf 2009 entfallende Anteil deutlich niedriger sei – und eher bei 25 bis 30% liegen. Auch ist davon auszugehen, dass deutlich mehr als die in der Umfrage ermittelten 8% erst in 2011 umgesetzt werden.

Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit wird dabei – ebenfalls nach Angaben der Kommunen – eindeutig bei Baumaßnahmen an Schulen und schulischen Einrichtungen liegen, auf die bereits über die Hälfte (54%) der gesamten Investitionen entfallen dürften. Mit deutlichem Abstand rangieren Bauaktivitäten an Kindergärten mit 12% an zweiter Stelle. Auf alle anderen weiteren Bereiche wie beispielsweise Städtebau, Bau von kommunalen Straßen, Sportstätten oder Krankenhäuser entfallen lediglich rund ein Drittel der vorgesehenen Gesamtinvestitionen in Höhe von gut 13 Mrd. €.

Bemerkenswert ist überdies, dass rund 90% der befragten Kommunen davon ausgehen, dass die Zuweisungen die Verluste aus Mindereinnahmen bei den Steuern nicht ausgleichen werden.

Die öffentlichen Bauinvestitionen werden daher in diesem Jahr deutlich steigen. Mit + 6% dürfte die Entwicklung jedoch moderater verlaufen als vielfach noch zu Beginn des Jahres angenommen wurde. Erst 2010 wird sich die volle Kraft der Milliarden-summen entfalten. Die öffentliche Investitionstätigkeit dürfte daher im kommenden Jahr gegenüber 2009 zweistellig zulegen (+ 10%). Dieses hohe Niveau wird aber 2011 nicht wieder erreicht werden, obwohl zahlreiche Baumaßnahmen nicht mehr 2010 abgeschlossen werden können, sondern noch bis in 2011 hineinreichen. Die öffentlichen Bauinvestitionen dürften demzufolge 2011 um rund 4½% zurückgehen.

Belebung des Wohnungsbaus nicht in Sicht

Die Wohnungsbauinvestitionen bewegten sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auf einem hohen Niveau. Waren hierfür zunächst umfangreiche Baumaßnahmen in Ostdeutschland verantwortlich, so wurde dieser positive Effekt nahezu nahtlos von der Stimulierung der Nachfrage durch die Einführung der Eigenheimzulage abgelöst. In den sechs Jahren zwischen 2000 und 2005 brachen die Investitionen in Wohngebäude jedoch um über ein Fünftel ein. 2006 verhalf dann die Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006 zu einem spürbaren Auftragsschub (+ 5,2%). Da viele Bauwillige ihre Bauvorhaben vorzogen, um noch die Förderung durch die Eigenheimzulage zu retten, war die Nachfrage 2007 sehr gedämpft (– 1,5%). Auch 2008 stiegen die Wohnungsbauinvestitionen lediglich um ½%. Dieser positive Beitrag resultierte allein aus umfangreichen Bestandsmaßnahmen, vor allem Arbeiten zur energetischen Sanierung. Der Neubau allein war rückläufig. Mit der Fertigstellung von nur noch 152 000 Wohnungen wurde das bereits niedrige Volumen vom Vorjahr (185 000 Wohnungen) sogar noch fast um ein Fünftel unterschritten.

Die weitere Entwicklung lässt sich aus den verfügbaren Frühindikatoren nur schwer abschätzen. So hat sich die Geschäftslage der im Wohnungsbau tätigen Unternehmen des Bauhauptgewerbes seit dem Sommer des vorigen Jahres leicht verbessert; die Skepsis in den Geschäftserwartungen nahm seit Beginn dieses Jahres auch etwas ab. Gleichzeitig liegen die Auftragseingänge weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau. Bei den freischaffenden Architekten zeichnet sich dagegen seit dem Herbst 2007 ein vorsichtiger Aufwärtstrend bei den neu hereingenommenen Aufträgen zur Planung von Ein- und Zweifamilienhäusern ab. Im Geschosswohnungsbau ist jedoch noch keinerlei Belebung zu registrieren. Der Umfang der neu akquirierten Aufträge liegt in diesem Teilbereich bereits seit 2002 auf einem überaus niedrigen Niveau.

Zurückhaltung privater Haushalte belastet Wohnungsnachfrage

Die private Wohnungsnachfrage dürfte sicherlich noch bis ins nächste Jahr hinein durch die Verunsicherung vieler Arbeitnehmer bezüglich ihres Arbeitsplatzes gedämpft werden. Bislang konnten durch die verstärkte Nutzung von Kurzarbeit zwar viele Kündigungen vermieden werden. Bis zum Auslaufen dieser Übergangsphase sind jedoch prinzipiell 1½ Millionen Arbeitsplätze »gefährdet«.

Andererseits hat sich die finanzielle Situation der privaten Haushalte in 2009 eher verbessert. So wurde das Kindergeld zum 1. Januar 2009 erhöht und der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum selben Zeitpunkt reduziert. Die Entlastung vieler Arbeitnehmer wurde allerdings durch die Einführung eines einheitlichen Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 15,5% des Bruttoeinkommens mehr als ausgeglichen. Im Zuge der Kon-

junkturprogramme wurde der Beitragssatz ab Juli 2009 jedoch wieder auf 14,9% gesenkt. Zudem kam es zu einer Senkung der Einkommensteuer. Ab 2010 wird es für die meisten privaten Haushalte eine spürbare Entlastung geben. Ab diesem Zeitpunkt werden nämlich die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung in deutlich größerem Umfang als bisher steuerlich abzugsfähig sein. Diese Umsetzung eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts wird die Einnahmen des Fiskus ab 2010 um rund 8 bis 9 Mrd. € pro Jahr verringern.

Mit der Abschaffung der Eigenheimzulage sowie der degressiven AfA in 2006 hat sich der Staat so gut wie komplett aus der Förderung des Wohnungsneubaus zurückgezogen. Die Verlängerung der sog. Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre sowie die Rückführung des sozialen Wohnungsbaus auf eine bescheidene Restgröße erfolgte bereits etliche Jahre zuvor. Neben einigen Landesprogrammen stimuliert der Staat somit nur noch indirekt über das Wohngeld und die Bausparprämie in nur noch marginalem Umfang. Auch in den aktuellen Maßnahmenpakten der Bundesregierung zur raschen Überwindung der Konjunkturschwäche sind keine Maßnahmen auf den Neubau von Wohnungen ausgerichtet.

Neue Bundesregierung setzt kaum Impulse für den Wohnungsbau

Vielfach wurde daher darauf spekuliert, dass die neue Bundesregierung in ihren Koalitionsvertrag Maßnahmen zur Stimulierung des Wohnungsneubaus aufnehmen würde. An erster Stelle stand die Wiedereinführung der degressiven AfA – zumindest in einer modifizierten Form.

Dies ist bekanntermaßen nicht geschehen. Es ist daher davon auszugehen, dass die Investitionstätigkeit im Wohnungsbau in diesem sowie im nächsten Jahr schwach bleiben wird. Unternehmen werden zwar von Verbesserungen im Rahmen der »Zinsschranke« sowie von beabsichtigten Änderungen im Mietrecht (Einführung einer »Duldungspflicht« bei baulichen Maßnahmen zur energetischen Sanierung) profitieren. Den privaten Haushalten fehlt jedoch – nach vielen Jahren mit relativ stabilen Baupreisen sowie zum Teil sogar sinkenden Immobilienpreisen – die Wertsteigerungsphantasie. Auch an die seit Jahren günstigen Zinsen hat man sich »gewöhnt«. Die Entscheidung, in eine Immobilie zu investieren, steht demzufolge nicht unter zeitlichem Druck.

Der Wohnungsbau dürfte 2009 – und auch 2010 – stark von umfangreichen Bestandsmaßnahmen geprägt sein. Die gesamten Bauinvestitionen werden voraussichtlich in diesem Jahr um 1% schrumpfen, 2010 allenfalls um 1/2% zulegen. Erst 2011 wird, bei anziehendem Neubau, ein Wachstum von 2% möglich sein.

Zumindest mittelfristig werden sich allerdings zwei wesentliche Einflussfaktoren bemerkbar machen. Dies ist zum einen die demographische Entwicklung und zum anderen die Altersstruktur des Wohnungsbestands.

Die demographische Entwicklung dämpfte über viele Jahre hinweg die Wohnungsnachfrage ganz erheblich. So verringerte sich die Zahl der 25- bis 34-Jährigen – bedingt durch den »Pillenknick« zum Ende der 60er Jahre – zwischen 1995 und 2005 um rund 4 1/2 Millionen auf nur noch knapp 10 Millionen. Das heißt, die Bevölkerung in dieser Altersgruppe schrumpfte allein in diesen zehn Jahren um fast ein Drittel. Und gerade von den Personen in dieser Altersgruppe gehen im Allgemeinen die umfangreichsten Nachfrageimpulse aus, da junge Leute in diesem Alter besonders oft erstmals eine eigene Wohnung mieten oder gar eine eigene Wohnung erwerben. Die Bevölkerungszahl in dieser Altersgruppe wird sich in den nächsten Jahren zwar nur geringfügig erhöhen. Von spürbar positiven Effekten kann daher noch nicht ausgegangen werden. Andererseits hat zumindest die stark dämpfende Wirkung – durch den kräftigen Rückgang der Personen in dieser Altersgruppe – nach einer langen Periode ein Ende gefunden.

Hoher Ersatzbedarf für Gebäude aus 50er und 60er Jahren

In Westdeutschland erreichte der Bau von Wohnungen in den 2 1/2 Jahrzehnten bis zur Mitte der 70er Jahre sein höchstes Niveau. In dieser Phase wurden pro Jahr rund 550 000 Wohnungen fertig gestellt.

Vor allem die in den 50er und 60er Jahren errichteten Gebäude weisen einen erheblichen Bedarf an energetischer Sanierung auf. In den Nachkriegsjahren war es notwendig, rasch die Wohnsituation der Bevölkerung zu verbessern. Auf möglichst hohe Qualität konnte nicht immer geachtet werden. Hinzu kam, dass Öl spottbillig und der Begriff des »Klimaschutzes« noch nicht geboren war. So sieht beispielsweise die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen anhaltend hohen Investitionsbedarf bei der energetischen Sanierung im Wohnungsbestand. Nach deren Berechnungen sind von den knapp 25 Millionen Wohnungen, die vor 1984 errichtet wurden, erst 6 Millionen energetisch saniert worden.

Es ist allerdings mehr als fraglich, ob der komplette Bestand nach und nach auf die derzeitigen Anforderungen zum gebäudespezifischen Energieverbrauch umgerüstet werden soll. In vielen Fällen dürfte nämlich ein Abriss – und eventuell ein anschließender Neubau – deutlich wirtschaftlicher sein als eine aufwendige Nachrüstung. Dieser Thematik sollte sich diese – oder die nächste Regierung stellen. Denn ohne flankierende Maßnahmen, wie z.B. beim Stadtumbau Ost

(West) und gesetzliche Hilfestellung (einfachere Entscheidungsfindung bei Wohngebäuden mit Teileigentum), ist dieses Problem kaum zu lösen.

Mittel- und langfristig ist nämlich die Entscheidung zu treffen, ob wir die hervorragende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum im Großen und Ganzen beibehalten wollen oder ob wir uns in Richtung »britischer Zustände« entwickeln möchten. In Großbritannien ist der Wohnungsbestand – vor allem aufgrund einer jahrzehntelangen äußerst geringen Neubautätigkeit – deutlich überaltert.

Wohnungsfertigstellungen pro Kopf auf Rekordtief

Die dramatische Entwicklung im deutschen Wohnungsneubau zeigt sich besonders gut bei einer Darstellung der Wohnungsfertigstellungen je 1 000 Einwohner. Mitte der 90er Jahre war diese Quote in Deutschland noch größer als 6. Zehn Jahre später wurden nur noch 2½ Wohnungen je 1 000 Einwohner errichtet – und 2010 dürfte mit 1,7 ein einmaliger Negativrekord erreicht werden (vgl. Abb. 18). Demgegenüber pendelt dieselbe Quote in Frankreich seit rund 30 Jahren um einen Wert von rund 5.

Selbst in Großbritannien, wo über 2½ Jahrzehnte hinweg im Durchschnitt gerade einmal rund 3 bis 3½ Wohnungen je 1 000 Einwohner gebaut wurden, lagen bzw. liegen die auf die Bevölkerung bezogenen Wohnungsfertigstellungen in den Jahren 2003 und 2009 über den deutschen Werten. Das heißt, wir haben in Deutschland bereits über Jahre hinweg das niedrige britische Fertigstellungsniveau unterschritten. In den vergangenen knapp 30 Jahren wurde lediglich in einem einzigen westeuropäischen Land – Schweden – über einige Jahre hinweg ein vergleichbar niedriges Niveau erreicht. Nach einem erneuten Rückgang der Fertigstellungen in diesem Jahr – und wahrscheinlich auch noch geringfügig im nächsten Jahr – dürfte jedoch ab 2011 der Neubau wieder deutlich an Fahrt gewinnen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass allein eine Erhöhung der Fertigstellungen je 1 000 Einwohner von derzeit rund 1,8 auf rund 3 – also dem langjährigen, niedrigen britischen Niveau – einem Anstieg der Wohnungsfertigstellungen von 75% entspricht, also einer Steigerung um rund 100 000 Einheiten.

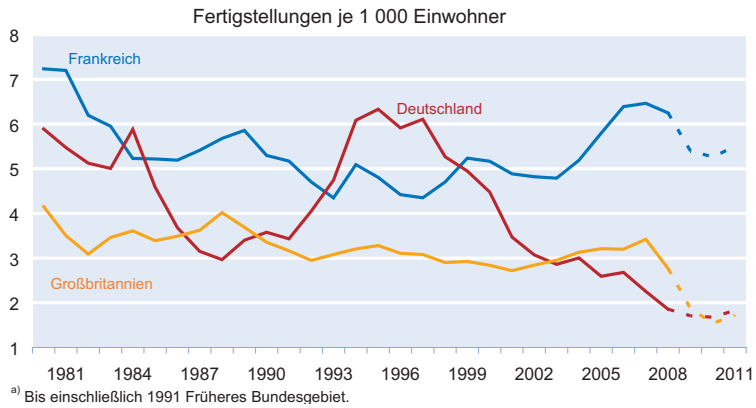
Die zwei externen Referenten beschäftigten sich in ihren Vorträgen mit der Wohnungsnachfrage bzw. dem Wohnungsbedarf bis 2025. Ausgangspunkt hierfür war jeweils eine Haushaltsprognose. Beide Präsentationen legten einen Schwerpunkt auf die regionale Differenzierung.

Matthias Waltersbacher, Projektleiter im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), begann seinen Vortrag mit einem Blick auf aktuelle Entwicklungen am Wohnungsmarkt. Nach dem durch die Wiedervereinigung hervorgerufenen Bautätigkeitsboom bis Mitte der 90er Jahre sind die Fertigstellungszahlen für Wohnungen in der Grundtendenz seit 1998 rückläufig. Die Einführung der Eigenheimzulage im Jahr 1996 hatte zwar eine Belebung des Baus von Ein- und Zweifamiliengebäuden zur Folge. Zwischen 1996 und 2002 sank allerdings aufgrund des Auslaufens umfangreicher Sonderabschreibungen die Zahl der neu errichteten Geschosswohnungen um fast drei Viertel auf nur noch rund 80 000 Einheiten. Trotz dem bereits konsolidierten Niveau von rund 220 000 Wohnungen 2006, ist die Bautätigkeit 2007 und 2008 nochmals zurückgegangen. Zuletzt wurden gut 150 000 Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden fertiggestellt.

Die Betrachtung der Wohnungsbautätigkeit nach Kreisen zeigt, dass im Osten in den letzten Jahren lediglich im »Speckgürtel« um Berlin sowie in den Tourismusräumen an der Ostseeküste ein jährliches Neubauniveau von mehr als drei Fertigstellungen pro 1 000 Einwohner erreicht wurde. Im Westen gilt dies vor allem für Wachstumsregionen wie Oberbayern, den Raum Stuttgart, das nördliche Niedersachsen oder auch für Grenzregionen, die von der Arbeitsnachfrage der Anrainerstaaten profitieren.

Abb. 18

Wohnungsfertigstellungen in Frankreich, Großbritannien und Deutschland[a)] 1980 bis 2011



[a)] Bis einschließlich 1991 Früheres Bundesgebiet.

Quelle: Euroconstruct; Eurostat.

Wohnungsbau seit Jahren von Bestandsmaßnahmen dominiert

Eine Aufspaltung des Bauvolumens nach Neubau und Bestandsmaßnahmen offenbart einen weiteren Trend und bietet Erklärungs-

Tab. 2
Bauinvestitionen in Deutschland nach Bauarten 2001 bis 2011
Verkettete Volumenangaben in Mrd. € (Referenzjahr 2000)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009[a)]	2010[a)]	2011[a)]
Wohnungsbau	**132,37**	**124,64**	**123,45**	**119,82**	**115,27**	**121,32**	**119,50**	**120,09**	**118,9**	**119,5**	**121,9**
Nichtwohnhochbau	**62,68**	**58,23**	**55,59**	**52,58**	**51,52**	**53,77**	**55,93**	**60,32**	**58,2**	**57,7**	**56,6**
- gew. Hochbau	52,36	48,26	46,02	43,70	42,90	44,84	46,80	50,81	48,0	46,3	45,9
- öff. Hochbau	10,32	9,97	9,58	8,89	8,63	8,94	9,14	9,53	10,2	11,3	10,7
Tiefbau	**35,68**	**34,41**	**34,71**	**33,10**	**32,51**	**33,30**	**32,92**	**33,33**	**33,6**	**35,0**	**34,1**
- gew. Tiefbau	16,38	15,91	16,19	15,42	15,65	16,37	16,54	16,92	16,3	16,1	15,9
- öff. Tiefbau	19,30	18,50	18,51	17,68	16,86	16,93	16,39	16,42	17,3	19,0	18,2
Insgesamt	**230,72**	**217,28**	**213,72**	**205,48**	**199,28**	**208,38**	**208,38**	**213,80**	**210,8**	**212,2**	**212,6**
	Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009[a)]	2010[a)]	2011[a)]
Wohnungsbau	**– 6,1**	**– 5,8**	**– 1,0**	**– 2,9**	**– 3,8**	**5,2**	**– 1,5**	**0,5**	**– 1,0**	**0,5**	**2,0**
Nichtwohnhochbau	**– 2,3**	**– 7,1**	**– 4,5**	**– 5,4**	**– 2,0**	**4,4**	**4,0**	**7,8**	**– 3,5**	**– 0,9**	**– 1,9**
- gew. Hochbau	– 2,1	– 7,8	– 4,6	– 5,0	– 1,8	4,5	4,4	8,6	– 5,5	– 3,5	– 1,0
- öff. Hochbau	– 3,5	– 3,4	– 4,0	– 7,2	– 2,9	3,6	2,2	4,3	7,0	11,0	– 5,5
Tiefbau	**– 2,9**	**– 3,6**	**0,9**	**– 4,6**	**– 1,8**	**2,5**	**– 1,1**	**1,2**	**0,9**	**4,2**	**– 2,6**
- gew. Tiefbau	– 1,7	– 2,9	1,8	– 4,8	1,5	4,6	1,0	2,3	– 3,5	– 1,5	– 1,0
- öff. Tiefbau	– 3,9	– 4,1	0,1	– 4,5	– 4,6	0,4	– 3,2	0,2	5,5	9,5	– 4,0
Insgesamt	**– 4,6**	**– 5,8**	**– 1,6**	**– 3,9**	**– 3,0**	**4,6**	**0,0**	**2,6**	**– 1,4**	**0,7**	**0,2**
davon:											
Hochbau	**– 4,9**	**– 6,2**	**– 2,1**	**– 3,7**	**– 3,2**	**5,0**	**0,2**	**2,9**	**– 1,9**	**0,0**	**0,7**
Tiefbau	**– 2,9**	**– 3,6**	0,9	**– 4,6**	**– 1,8**	**2,5**	**– 1,1**	**1,2**	**0,9**	**4,2**	**– 2,6**
davon:											
Wohnungsbau	**– 6,1**	**– 5,8**	**– 1,0**	**– 2,9**	**– 3,8**	**5,2**	**– 1,5**	**0,5**	**– 1,0**	**0,5**	**2,0**
Nichtwohnbau	**– 2,6**	**– 5,8**	**– 2,5**	**– 5,1**	**– 1,9**	**3,6**	**2,1**	**5,5**	**– 2,0**	**0,9**	**– 2,2**

[a)] Prognose des ifo Instituts. – Hinweis: Bauinvestitionen, bereinigt um die Immobilientransaktionen zwischen Staats- und Unternehmenssektor.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

ansätze für die relativ niedrige Neubautätigkeit. Seit 1999 überwiegen die Bauleistungen an bestehenden Gebäuden. Während das Neubauvolumen über Jahre hinweg immer weiter abnahm, blieben die Bestandsmaßnahmen konstant hoch. Seit 2007 ist zudem – im Gegensatz zum Neubaubereich – ein deutlicher Zuwachs der Bestandsinvestitionen zu beobachten.

Die Bevölkerung wird nach der Raumordnungsprognose 2025 des BBSR (Berichte-Bd. 29, Bonn 2009) zwischen 2010 und 2025 um gut 1% abnehmen. Hierbei wird ein durchschnittlicher positiver Außenwanderungssaldo von ca. 200 000 Personen p.a. unterstellt. In den neuen Ländern dürfte der Rückgang in diesem Zeitraum sogar rund 8% betragen, während im Westen die Einwohnerzahl in etwa konstant bleiben sollte. Gleichzeitig wird die immer weiter voranschreitende Singularisierung bzw. Verkleinerung der Haushalte zu einem Anstieg der Haushaltszahlen in Deutschland von rund 3% führen. Im Westen wird mit einem Zuwachs von etwa 5% gerechnet. Im Osten dürften die Haushalte dagegen mit derselben Rate abnehmen.

Übersetzt auf Kreisebene bedeutet dies, dass bis 2025 nur in ganz wenigen Regionen eine relevante Bevölkerungszunahme zu erwarten ist. Die Großregion München, mit ihrer enormen Wirtschaftskraft, sticht hierbei besonders stark heraus. Mit Blick auf die Zahl der Haushalte stellt sich die zukünftige Entwicklung insgesamt merklich positiver dar. In den alten Bundesländern ist für die Mehrzahl der Landkreise von steigenden Haushaltszahlen auszugehen. Gleichwohl werden für die meisten Regionen in den neuen Bundesländern auch in Bezug auf die Haushaltszahlen Rückgänge prognostiziert.

Die Zunahme der Haushaltszahlen in Kombination mit wachsenden Pro-Kopf-Wohnflächen und einer weiter voranschreitenden Wohneigentumsbildung wird in den meisten westdeutschen Regionen zu einer steigenden Wohnflächennachfrage führen. In Ostdeutschland dürfte die Entwicklung bis 2025 hingegen sehr unterschiedlich verlaufen. In und um Berlin dürfte die Nachfrage nach Wohnfläche noch zunehmen. Ländliche Gebiete abseits der Umlandregionen von Großstädten wie Dresden oder Erfurt werden jedoch voraussichtlich eine rückläufige Flächennachfrage erleiden.

Tab. 3
Wohnungsfertigstellungen in der Bundesrepublik Deutschland nach Teilgebieten und Gebäudearten 2001 bis 2011
1 000 Wohnungen

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009[a)]	2010[a)]	2011[a)]
	Westdeutschland										
In neu errichteten Wohngeb.	235,5	211,7	199,7	212,1	183,1	191,6	162,4	131,4	119,5	117,1	126,7
davon in:											
Ein- und Zweifamiliengeb.	149,7	140,4	136,1	147,1	126,1	125,8	106,1	80,8	71,8	67,7	73,8
Mehrfamiliengebäuden[b)]	85,8	71,3	63,6	64,9	57,0	65,8	56,3	50,7	47,7	49,4	52,9
Sonstige Fertigstellungen[c)]	29,0	26,9	25,6	24,9	23,7	24,2	21,4	18,8	17,0	16,0	16,7
Wohnungen insgesamt	264,5	238,6	225,2	237,0	206,8	215,7	183,8	150,2	136,5	133,1	143,4
	Ostdeutschland										
In neu errichteten Wohngeb.	50,4	42,0	36,4	35,7	30,7	29,1	23,0	20,8	20,5	20,1	22,8
davon in:											
Ein- und Zweifamiliengeb.	35,7	32,4	29,1	30,1	25,4	24,3	18,0	15,6	13,7	13,1	15,2
Mehrfamiliengebäuden[b)]	14,8	9,6	7,3	5,6	5,3	4,8	5,0	5,2	6,8	7,0	7,6
Sonstige Fertigstellungen[c)]	11,3	9,0	6,5	5,3	4,9	4,6	4,0	4,9	4,3	4,0	4,2
Wohnungen insgesamt	61,7	51,0	42,9	41,0	35,5	33,7	26,9	25,7	24,8	24,1	27,0
	Deutschland insgesamt										
In neu errichteten Wohngeb.	285,9	253,7	236,1	247,8	213,8	220,6	185,3	152,2	140,0	137,2	149,5
davon in:											
Ein- und Zweifamiliengeb.	185,4	172,9	165,2	177,2	151,5	150,1	124,0	96,4	85,5	80,8	89,0
Mehrfamiliengebäuden[b)]	100,6	80,8	70,9	70,6	62,3	70,6	61,3	55,9	54,5	56,4	60,5
Sonstige Fertigstellungen[c)]	40,3	35,9	32,0	30,2	28,6	28,8	25,4	23,7	21,3	20,0	20,9
Wohnungen insgesamt	326,2	289,6	268,1	278,0	242,3	249,4	210,7	175,9	161,3	157,2	170,4

[a)] Prognose des ifo Instituts. – [b)] Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen. – [c)] In bestehenden Gebäuden (saldiert) sowie in (neu errichteten) Nichtwohngebäuden.

Quelle: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

Schwerpunkt der Neubautätigkeit auch zukünftig im Eigenheimbereich

Unterstellt man, dass sich die demographische Entwicklung, der Pro-Kopf-Wohnflächenkonsum und die Erhöhung der Wohneigentumsquote als zusätzliche Wohnflächennachfrage niederschlagen und einen starken Zusammenhang mit der tatsächlichen Wohnungsbaunachfrage aufweisen, ist für Deutschland insgesamt von einer langfristigen Neubautätigkeit von jährlich rund 250 000 Einheiten auszugehen. Bei einem – auch aktuell zu beobachtenden – geringeren Außenwanderungssaldo ist jedoch mit niedrigeren Wohnungsbauzahlen zu rechnen. Eine diesbezügliche Variantenrechnung der BBSR-Wohnungsmarktprognose wird zurzeit erstellt und regionalisierte Ergebnisse sind bis Ende des Jahres zu erwarten. Es ist davon auszugehen, dass die Wohnungsbaunachfrage unter veränderten Zuwanderungsannahmen weniger als 200 000 Wohnungen p.a. betragen wird.

Es bleibt festzuhalten, dass sowohl bei höherer als auch bei niedrigerer Zuwanderung der Schwerpunkt der Neubautätigkeit im Eigenheimbereich liegen wird.

Matthias Günther, Vorstand des Pestel Instituts, konzentrierte sich in seinem Beitrag auf den theoretischen Wohnungsbedarf bis 2025. So stand nicht etwa die Frage im Mittelpunkt, welche tatsächlich zu erwartende Wohnungsnachfrage zukünftig zu welcher Bautätigkeit führen wird. Thema des Vortrags war dagegen, wie viele Wohnungen in den nächsten fast zwei Jahrzehnten gebaut werden »sollten«, damit die heutige Wohnqualität der Bevölkerung auch langfristig gesichert ist.

Ausgangspunkt war wiederum die zukünftige Entwicklung der Haushalte, wobei diese unter Experten relativ unstrittig ist. Die Zahl der Personen bzw. der Erwachsenen pro Haushalt wird bis 2025 kontinuierlich abnehmen, was trotz Schrumpfung der Bevölkerung in steigenden Haushaltszahlen resultiert. Bei Betrachtung der Wanderungsbewegungen fällt auf, dass sich seit 2000 mehr Personen in kreisfreien Städten niederlassen als von dort wegziehen. Überdies ist der Wanderungssaldo für die Landkreise seit 2005 negativ. Tendenziell ist also seit einigen Jahren eine Landflucht zu beobachten. Der Umzug vom Dorf in die Stadt geht naturgemäß mit einer sinkenden Wohnfläche einher.

Bedarf an neuen Wohnungen deutlich höher als prognostizierte Wohnungsnachfrage

Aus der Prognose der Haushaltsentwicklung lässt sich die zukünftige Wohnungsnachfrage bzw. streng genom-

men nur der erwartete Wohnungsbedarf ableiten. Dieser sinkt demnach von seinem Spitzenwert in 2013 von rund 260 000 Wohnungen auf rund 130 000 Wohnungen im Jahr 2025.

Zum demographisch abgeleiteten Wohnungsbedarf tritt allerdings noch der »qualitative Zusatzbedarf«, der sich aus dem notwendigen Ersatz älterer Wohngebäude ergibt. So wurden beispielsweise nach dem Krieg Millionen von Wohnungen errichtet, von denen viele zwar »sanierungsfähig« aber eigentlich nicht »sanierungswürdig« sind. Eine Vielzahl der in den 50er und 60er Jahren erstellten Wohngebäude entsprechen hinsichtlich ihrer Bauweise und -substanz, ihrer Raumaufteilung sowie ihren energetischen Eigenschaften ganz und gar nicht mehr den heutigen Vorstellungen.

Insgesamt kommt der Ersatz der Wohnungsbestände nur sehr schleppend voran. In gleichem Maße steigt die durchschnittliche Alter der Wohnbauten. Legt man die offiziellen Abrisszahlen der vergangenen drei Jahre zugrunde, so würde eine Wohnung in Ostdeutschland eine theoretische Lebensdauer von im Durchschnitt rund 240 Jahren und im Westen sogar von fast 2 000 Jahren erreichen.

Der Ersatz von beispielsweise gut 3 Mill. »nicht sanierungswürdiger« Wohneinheiten bis 2025 würde eine jährliche Bautätigkeit von durchschnittlich rund 175 000 Wohnungen notwendig machen. Berücksichtigt man auch diesen »qualitativen Zusatzbedarf«, so ergibt sich für das Spitzenjahr 2013 ein theoretischer Wohnungsbedarf von insgesamt rund 430 000 und für 2025 immerhin noch von rund 300 000 Einheiten. Der Wohnungsbedarf bis 2025 wäre unter diesen Gesichtspunkten für nahezu alle Landkreise und Städte positiv. Im Zuge dessen könnte auch das Problem der Unterversorgung mit seniorengerechten Wohnungen angegangen werden. Ein entsprechender Umbau im Bestand ist in den allermeisten Fällen unrentabel. Die Alternative zum Neubau wäre hingegen die Betreuung in Senioren- und Pflegeheimen und damit die massive Erweiterung dieser Angebote.

Teilen der Bevölkerung droht langfristig schlechtere Wohnqualität

Welche Auswirkungen die steigenden Haushaltszahlen und die immer stärkere Ballung der Bevölkerung in den Städten bei der derzeitigen Wohnungspolitik schon heute auf die Wohnverhältnisse haben, zeigen unter anderem die Mikrozensus-Erhebungen des Statistischen Bundesamtes. So haben im Jahr 2006 Mieterhaushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 2 000 € im Durchschnitt weniger Wohnraum nachgefragt als noch 2002. Gleichzeitig sind die von diesen Haushaltsgruppen gezahlten Bruttokaltmieten nur ganz leicht angestiegen. Mieterhöhungen sind in den unteren Einkommensbereichen demnach kaum durchzusetzen. Im Notfall suchen sich die Mieter eine etwas kleinere Wohnung oder nehmen eine nachlassende Wohnqualität in Kauf. Das zu geringe Neubauniveau in den Ballungsräumen verstärkt das Ungleichgewicht aus hochwertigem Wohnraumangebot und Wohnungsnachfrage immer weiter.

Unter den derzeit herrschenden Bedingungen dürfte in der Zukunft bei sinkendem Rentenniveau bzw. stärkerer Entkoppelung der Renten von der Entwicklung der Einkommen die Wohnflächennachfrage und die Wohnqualität nochmals merklich reduziert werden. Die Hauptaussagen des Vortrags lauten deshalb: »In Deutschland werden zu wenige Wohnungen neu gebaut und von den Neubauten sind zu wenige Wohnungen seniorengerecht!«. »Mittel- und längerfristig wird ein Teil der Bevölkerung bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Wohnungspolitik schlechter als heute wohnen!« Der Wohnungsneubau spielt eine Schlüsselrolle bei der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigem Wohnraum. Mit einer umfangreichen Neubautätigkeit kann zudem eine Überalterung der Bestände vermieden werden.

Branchenforum 4: Konjunkturelle Entwicklung im Dienstleistungssektor

Gernot Nerb

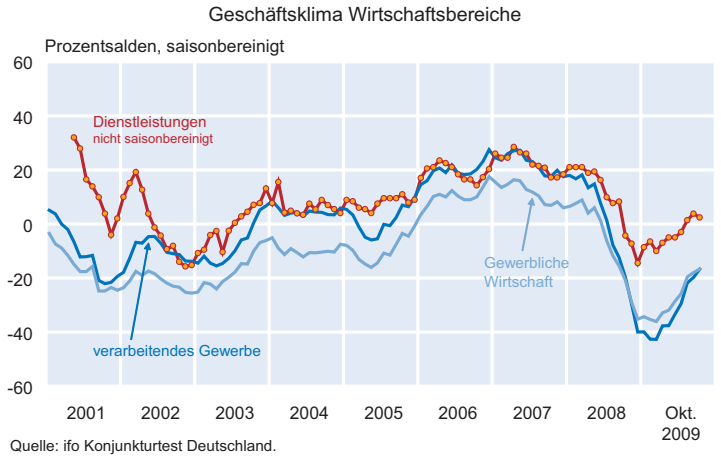
Unterschiedliche Entwicklung im Dienstleistungssektor

Die jüngste Rezession erfasste insbesondere das verarbeitende Gewerbe. Hier stürzte das Geschäftsklima deutlich stärker ab als in der vorangegangen Rezession 2002/2003. Das Geschäftsklima im *Dienstleistungsbereich (ohne Finanzgewerbe)* verschlechterte sich demgegenüber in der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Krise nicht stärker als damals und ist mittlerweile wieder in der positiven Zone (vgl. Abb. 19).

Die vergleichsweise robuste konjunkturelle Verfassung des Dienstleistungssektors in Deutschland spiegelt sich auch in den nur leicht negativen *Beschäftigungsplänen* wider. Allerdings ist die Konjunkturanfälligkeit nach Dienstleistungsbranchen sehr unterschiedlich. Das *Transportgewerbe* erwies sich auch diesmal wieder als sehr konjunktursensibel, wenn auch – zumindest was die *Personen- und Güterbeförderung zu Land* anbelangt – diesmal der Rückschlag nicht ganz so stark ausfiel wie 2002. Dabei ist der Bereich Gütertransport in der aktuellen Krise deutlich stärker betroffen als der Personenverkehr.

Die *Datenverarbeitung*, die 2002 im Zuge des Platzens der Internet- und New-Economy-Blase von einem bis dahin nicht erreichten Hoch 2002 fast so tief abstürzte wie die gewerbliche Wirtschaft insgesamt, hat zwar auch diesmal den Konjunkturabschwung deutlich zu spüren bekommen, aber nicht in der Intensität wie damals.

Abb. 19
ifo Konjunkturtest – Dienstleistungen



Quelle: ifo Konjunkturtest Deutschland.

Auch im *Beratungsgewerbe (Wirtschafts-, Steuer- und Rechtsberatung)* zeichnet sich beim Geschäftsklima nach einem kurzen Abtauchen in die negative Zone seit dem zweiten Quartal 2009 wieder eine Besserung ab. Ein ähnliches im Grunde positives Bild ergibt sich auch beim Geschäftsklima für die *Architektur- und Ingenieurbüros.* Hier wirken sich auch die staatlichen Fördermaßnahmen in Form vermehrter Planungsanfragen seitens der privaten und staatlichen Investoren stimulierend aus.

Konjunkturell stärker betroffen als das gesamte Dienstleistungsgewerbe sind die *Werbeagenturen*. Die Budgets der Werbung treibenden Unternehmen sind zurückgefahren worden, wobei es große Unterschiede je nach Branche gibt: Deutliche Budgetkürzungen haben Finanzdienstleister vorgenommen, aber auch Unternehmen aus Automobilindustrie oder dem Bereich der Massenmedien. Demgegenüber steigerten Handelsunternehmen, darunter vor allem Lebensmittel-Discounter, ihre Werbeausgaben. Insgesamt zeichnet sich für die Werbebranche nach den aktuellen Indikatoren eine leichte konjunkturelle Erholung ab.

Die *Personal- und Stellenvermittlung,* wozu auch die Zeitarbeitsfirmen gehören, ist überdurchschnittlich stark von der Gesamtkonjunktur abhängig. Nach den Boomjahren 2006 bis Mitte 2008 ist die Branche im zweiten Halbjahr 2008 regelrecht abgestürzt. Seit Anfang 2009 lässt die konjunkturelle Kontraktion jedoch nach, und das Geschäftsklima ist zuletzt sogar leicht in die positive Zone vorgerückt.

Das *Gastgewerbe* ist im jüngsten Konjunkturaufschwung stärker betroffen als 2002 und zeigt bisher nur eine schwache Erholung. Das Beherbergungsgewerbe (Hotellerie) sah sich in vielen Fällen zu Preissenkungen gezwungen und erwartet auch für die nächsten Monate noch weitere Anpassungen nach unten.

Die *Finanzdienstleister* standen in diesem Zyklus im Zentrum des Abschwungs. Dank der staatlichen Maßnahmen zur Bankenstabilisierung hat sich EU-weit in diesem Sektor das Geschäftsklima wieder erholt, wenn es auch noch weit von den erreichten Höhen von 2006/2007 entfernt ist (vgl. Abb. 20).

Ein ähnliches Bild ergibt sich im bayerischen Finanzgewerbe, wo das ifo Institut zusammen mit der Deutschen Bundesbank in Bayern quasi als Testmarkt für Deutschland quartalsmäßig bei über 800 Unternehmen aus der Finanzwirtschaft eine Konjunkturbefragung durchführt.

Abb. 20
EU-Vertrauensindikator[a]: Finanzdienstleistungen

[a] Durchschnitt aus den drei Fragen
Q_1 – Entwicklung der Geschäftslage in den vergangenen drei Monaten
Q_2 – Entwicklung der Nachfrage in den vergangenen drei Monaten
Q_3 – Erwartung für die Nachfrageentwicklung in den nächsten drei Monaten

Quelle: EU-Kommission.

Dass sich im europäischen Vergleich der *Dienstleistungssektor (ohne Finanzgewerbe)* in *Deutschland* in diesem Aufschwung besser gehalten hat als im europäischen Durchschnitt und in wichtigen europäischen Partnerländern wie etwa Frankreich geht aus Abbildung 21 hervor.

Strukturelle Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise auf ausgewählte Dienstleistungsbranchen

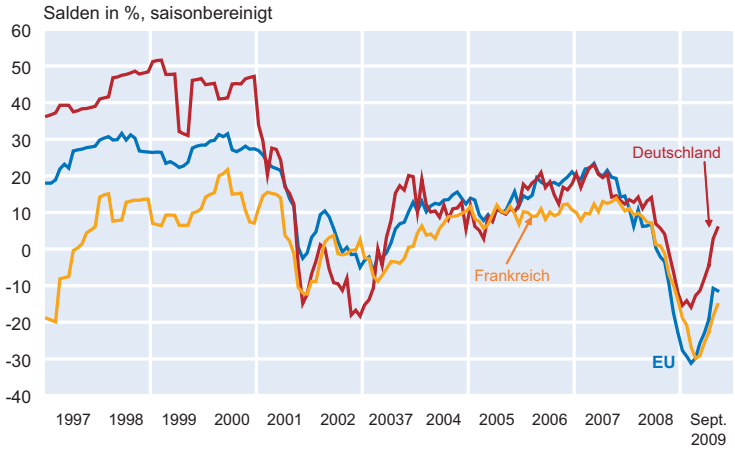
Wenn auch der jüngste Aufschwung im Dienstleistungsgewerbe vorrangig ein konjunkturelles Phänomen ist, ausgelöst durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, so werden hierdurch auch einige strukturelle Prozesse beschleunigt. Auch diesmal zeigte sich wieder, dass in Rezessionsjahren der Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamten Bruttowertschöpfung steigt.

Aber dieser Effekt variiert: 2003, d.h. nach dem Platzen der Internetblase war der Anteilsgewinn des Dienstleistungssektors nur relativ gering, diesmal dürfte er wieder in der Rezession üblichen Größenordnung von rund 2 Prozentpunkten liegen, d.h. der Anteil des Dienstleistungssektors einschl. Handel an der gesamten Wertschöpfung in Deutschland dürfte dann von 69% im Jahr 2008 auf 71% in den Jahren 2009/10 steigen.

Die derzeitige Diskussion um eine *Regulierung im Bankensektor* ist nicht neu. Nach der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren gab es fast eine ähnliche Diskussion. Es kam damals bekanntlich zu einer strengen Regulierung im Finanzsektor einschließlich einer Begrenzung der Boni-Zahlungen, wodurch der relative Einkommensvorteil der Beschäftigten im Finanzsektor, der damals wie diesmal in den USA bei über 60% lag, in den Jahren 1950 bis 1980 fast völlig verschwunden war. Der jüngste überdurchschnittliche Anstieg der Gehälter im Finanzsektor setzte Anfang der 80er Jahre ein, beschleunigte sich dann in den 90er Jahren und in diesem Jahrzehnt bis 2007 und erreichte mit einem Wert von rund 70% einen neuen Höhepunkt, d.h. Beschäftigte mit vergleichbarer Ausbildung und ähnlichen Anforderungen verdienten im Finanzsektor etwa 70% mehr als in der übrigen Wirtschaft. Diese Werte beziehen sich zwar auf die USA; wegen der Globalisierung, die insbesondere den Finanzsektor stark geprägt hat, dürften sich die Einkommensrelationen in den andern Ländern nicht sehr stark von den amerikanischen Werten unterscheiden. Es bleibt abzuwarten, ob infolge der jetzt diskutierten stärkeren Regulierung die relativen Einkommensunterschiede ähnlich eingeebnet werden wie damals nach der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Immerhin muss man der Entwicklung im Bankensektor während der letzten 15 Jahre zu gute halten, dass durch die Finanzinnovationen das wirtschaftliche Wachstum in der Welt stimuliert wurde, wenn auch – wie wir schmerzlich erfahren mussten – das finanzielle Risiko in gefährlichem Maße gewachsen ist. Die Mehrheit der Bevölkerung und auch der Politiker scheint bereit zu sein, den Preis für mehr Regulierung in Form einer etwas geringeren Wachstumsdynamik zu zahlen.

Im *Mediensektor* zeichnete sich schon vor der jüngsten Krise eine Strukturänderung weg von den Print-Medien hin zu den elek-

Abb. 21
EU-Vertrauensindikatoren im Vergleich



Quelle: EU-Kommission.

tronischen Medien ab. Durch die Krise hat sich dieser Trend erheblich beschleunigt. Wie eine neue Marketingumfrage zeigt, wollen die Marketingartikelunternehmen im nächsten Jahr ihren Einsatz in Print-Medien anteilsmäßig weiter zurückfahren und in den elektronischen Medien deutlich erhöhen. Noch deutlicher als bei den Markenartikelunternehmen ist diese Tendenz bei den Werbeagenturen.

Tab. 4
Gastgewerbe – Prognose: Umsatz, preisbereinigt, in % gegenüber Vorjahr

	WZ-Nr.	2009	2010	2011
Gastgewerbe	**HT**	**– 5,5**	**– 2,1**	**– 0,6**
Hotellerie	55.1	– 7,5	– 1,4	0,9
Ferienunterkünfte, Campingplätze, u.a.	55.2	– 1,7	– 1,6	– 0,2
Restaurants, Cafés, Eissalons	55.3	– 4,1	– 2,4	– 1,5
Schanklokale, Diskotheken, Bars	55.4	– 7,8	– 4,7	– 3,6
Kantinen und Caterer	55.5	– 6,4	– 1,1	0,1

Quelle: Feri Finance AG.

Umsatzentwicklung und -prognose für ausgewählte Dienstleistungsbranchen

Bei den *unternehmensnahen Dienstleistern* wird sich der Umsatz preisbereinigt in diesem Jahr um gut 8% verringern, verglichen mit einem mehr als doppelt so starken Rückgang in der Industrie (– 17%). Im Jahre 2010 und auch 2011 dürften die Zuwächse jeweils in einer Größenordnung von 2% liegen, dies wäre etwas weniger als der erwartete Zuwachs im verarbeitenden Gewerbe (vgl. Tab. 5).

Die *öffentlichen und persönlichen Dienste,* die mehr am Konsum hängen, können in diesem Jahr immer noch ein Wachstum von 1,2% erreichen. Im nächsten Jahr dürfte sich das Wachstum etwas verstärken (1,5%) und sich 2011 bei knapp 1% einpendeln (vgl. Tab. 6).

Nach diesem Gesamtbild sollen im Folgenden thesenartig Wachstumsprognosen für ausgewählte Branchen vorgestellt werden. Ein Schwerpunkt wurde beim diesjährigen Branchen-Dialog auf das *Gastgewerbe* gelegt, was auch dadurch dokumentiert ist, dass als einer der externen Experten auf dem Dienstleistungsforum diesmal ein Vertreter des Hotelgewerbes eingeladen war.

Der Nachfrageverlauf im Gastgewerbe wird großenteils von der Binnenkonjunktur bestimmt. Diese expandiert seit Mitte der 90er Jahre nur langsam. So entwickeln sich die Bauinvestitionen – auch im Zusammenhang mit der forcierten Internationalisierung der Güterproduktion und dem Strukturwandel zur Dienstleistungsgesellschaft – nur verhalten, und mit dem schwachen Anstieg der Nettoeinkommen und der realen Kaufkraft der Konsumenten blieb der private Verbrauch im Vergleich zum gesamtwirtschaftlichen Trend zurück.

Der stabile Negativtrend der realen Nachfrage im Gastgewerbe seit 1992 erhält durch die aktuelle Konjunkturkrise einen weiteren Schub nach unten, da nunmehr selbst die Hotellerie sowie Kantinen und Caterer, die sich innerhalb der Gesamtbranche in den letzten Jahren relativ am besten gehalten haben, unter Nachfrageeinbrüchen leiden (vgl. Tab. 4).

Die insgesamt zurückbleibende Entwicklung des Gastgewerbes steht auch im Zusammenhang mit der zunehmenden Verbreitung neuer Medien sowie Kommunikationsmöglichkeiten (zum Beispiel Bildschirmkonferenzen) und wird in der traditionellen Getränke- und Speisegastronomie zum Teil noch verstärkt durch den fehlenden Standortverbund mit dem Einzelhandel und durch ein zu wenig auf die Wettbewerbssituation am Standort abgestimmtes Getränke- oder Speisensortiment. Zudem entspricht insbesondere das einseitig auf Getränke ausgelegte Angebot der traditionellen Schanklokale kaum mehr den Vorstellungen des modernen Verbrauchers. Selbst Diskotheken und Vergnügungs-

Tab. 5
Unternehmensnahe Dienstleister – Prognose: Umsatz, preisbereinigt in % gegenüber Vorjahr

	WZ-Nr.	2009	2010	2011
Unternehmensnahe Dienstleister	K	– 8,3	1,8	2,1
Immobilienwesen	70	– 2,9	– 1,5	– 0,9
Mobilienvermietung, -Leasing	71	– 13,9	3,2	3,8
Datenverarbeitung	72	– 8,3	2,3	3,3
Forschung & Entwicklung	73	– 6,2	1,8	2,4
Beratung, Planung, Auftragsdienste	74	– 10,0	3,0	2,8
Rechts-, Wirtschaftsberatung	74.1	– 9,4	3,2	3,2
Architektur- und Ingenieurbüros	74.2	–7,8	1,6	0,8
Technische Untersuchung	74.3	– 8,3	2,7	1,4
Werbung	74.4	– 14,2	1,9	2,3
Personalvermittlung und -überlassung	74.5	– 24,4	7,4	6,1
Sicherheitsdienste, Detekteien	74.6	– 8,8	1,4	1,6
Gebäudereinigung	74.7	– 5,0	0,6	0,9
Auftragsdienste	74.8	– 7,1	3,2	3,5

Quelle: Feri Finance AG.

lokale leiden erheblich unter der Kaufkraftabschöpfung bei Jugendlichen durch Unterhaltungsangebote per Internet und Handy.

Die derzeitige Wirtschaftskrise hat in Deutschland neben dem Finanzsektor auch wichtige Exportindustrien wie Maschinen- und Fahrzeugbau sowie einen Großteil der ihnen zuarbeitenden Logistikservices und unternehmensnahen Dienstleister stark geschwächt. Im Rahmen der Unternehmensdienste wurden vor allem *Personalvermittlung und Zeitarbeit, Mobilienvermietung und Werbung* massiv beeinträchtigt. Diese Dienste leiden derzeit besonders unter der gesamtwirtschaftlichen Investitionszurückhaltung, die neben der allgemeinen Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung vor allem auf weithin unterausgelastete Produktionskapazitäten wie auch auf Liquiditäts-Sicherungsmaßnahmen potentieller Investoren vor dem Hintergrund einer restriktiveren Kreditpolitik der Banken zurückgeht.

Tab. 6
Öffentliche und persönliche Dienste – Prognose: Umsatz, preisbereinigt in % gegenüber Vorjahr

	WZ-Nr.	2009	2010	2011
Öffentliche und persönliche Dienste	L–O	1,3	1,5	0,8
Öffentliche Verwaltung, Sozialversich.	L	1,7	1,4	1,0
Erziehung und Unterricht	M	1,5	3,1	0,8
Gesundheit und Soziales	N	2,6	1,9	0,8
Gesundheitswesen	85.1	2,4	1,5	0,3
Veterinärwesen	85.2	– 3,1	1,4	0,9
Sozialwesen	85,3	3,3	3,2	2,5
Entsorgung, Interessenvertr., Kultur u.a.	O	– 1,2	0,0	0,6
Entsorgung	90	– 2,6	0.1	0,7
Interessenvertretungen	91	0,0	0,4	0,8
Kultur, Sport und Unterhaltung	92	– 1,2	0,5	1,1
Persönliche Hygiene u.a.	93	– 1,0	– 1,2	– 0,4

Quelle: Feri Finance AG.

Abgesehen vom baunahen Bereich der *Architektur- und Ingenieurbüros* sind zudem bislang kaum stimulierende Wirkungen der staatlichen Konjunkturmaßnahmen auf die Unternehmensdienste feststellbar, wenn zeitweilige Impulse durch die Abwrackprämie, beispielsweise im Zeitarbeitsbereich, ausgeklammert werden.

Zurzeit profitiert die deutsche Exportwirtschaft sowohl vom Wachstum in asiatischen Schwellenländern als auch von befristeten Konjunkturprogrammen in wichtigen Industriestaaten. Die mittlerweile zu beobachtende erste Erholung der deutschen Ausfuhren und der in diesem Zuge begünstigten Unternehmensdienste birgt daher ein gewisses Rückschlagspotential, wenn solche Sonderprogramme in den verschiedenen Ländern ausgeschöpft sind.

Dementsprechend bleiben die Wachstumsaussichten der unternehmensbezogenen Serviceanbieter bis auf weiteres eher moderat, zumal den Unternehmen in wichtigen Abnehmerbranchen aus der Industrie noch ein nicht geringer Kapazitäts- bzw. Beschäftigungsabbau droht. Bezogen auf den gesamten Sektor der Unternehmensdienste dürfte somit erst im Jahr 2013 (bzw. 2014) das Niveau des preisbereinigten Umsatzes (bzw. der Beschäftigung) aus dem Jahr 2008 wieder überschritten werden.

Die Nachfrage nach *öffentlichen und persönlichen Diensten* wird vorwiegend von der Bevölkerungsentwicklung sowie von der Konsumbereitschaft der öffentlichen und privaten Haushalte bestimmt und leitet sich in erster Linie aus den staatlichen und privaten Einnahmen bzw. Einkommen sowie den entsprechenden Ausgabenbudgets ab. Hieraus folgt für diese Dienste ein zwar flacher, dafür aber auch konjunkturell recht stabiler Wachstumspfad.

Im Vergleich zur Entwicklung am aktuellen Zeitrand verdüstert sich der nahe Prognosehorizont für die Einkommen und preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte spürbar durch die erwartete Zunahme der Arbeitslosigkeit. Neben der andauernden Bevölkerungsschrumpfung beschert die somit bevorstehende Dämpfung der frei verfügbaren Kaufkraft einem Großteil der konsumabhängigen Dienstleister im Bereich »Entsorgung, Interessenvertretung, Kultur u.a.« (beispielsweise Friseursalons, Textilreinigungen oder Bestattungswesen) zukünftig weitere Nachfrageeinbußen.

Auf der anderen Seite gehen von den staatlichen Konjunkturprogrammen nunmehr kräftige Wachstumsimpulse aus, und zwar vor allem für öffentliche Bauinvestitionen. Mit den öffentlichen Investitionen legen vorerst auch die konsumtiven Ausgaben des Staates für kollektive Sachleistungen wieder zu. Überdies steigen kurz- bis mittelfristig die Konsumausgaben der Sozialversicherung und der Gebietskörperschaften für individuelle Sachleistungen stetig, wenngleich deren Zuwachsraten mittelfristig durch die gedämpften Erwartungen zur Grundlohnentwicklung geschwächt werden. Daneben sichert die zunehmende Alterung (und damit einhergehend höhere Sterberate) der Bevölkerung ein nahezu zwangsläufiges Basiswachstum für Wellness- bzw. Gesundheits- und Sozialdienste. Folglich stellt der personalintensive Bereich »Gesundheit und Soziales« mit immerhin rund 11% aller Erwerbstätigen in Deutschland einen robusten Stabilitätsanker der Binnenkonjunktur dar, obwohl der Ausbau der entsprechenden Dienste in der Langfristbetrachtung sowohl unter direkten

Steuerungseingriffen der öffentlichen Hand als auch unter gesetzlich verordneten Kostendämpfungsmaßnahmen leidet.

Die Leistungsanbieter im Wirtschaftszweig *»Erziehung und Unterricht«* sind demgegenüber durch dauerhaft sinkende Kinder- und Jugendlichenzahlen eher benachteiligt. Daran ändern auch steigende Qualitätsanforderungen an das Bildungsangebot nur wenig. Im Prognosezeitraum erhält hier besonders die Sparte »Erwachsenenbildung« zusätzliche Nachfrageimpulse von erweiterten Arbeitsförderungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit.

Tab. 7
Aktuelle Situation der Hotellerie in Deutschland – Zimmerauslastung (Januar bis August 2009)

- Durchschnittliche Zimmerauslastung 2009 unter 60% gesunken
  – Zum Vorjahr um – 6,1% auf 58,3% gefallen
- Zahl der Übernachtungen im klassischen Beherbergungsgewerbe um – 3,6% rückläufig
  – Ausländische Gäste – 8,2%
  – Inländische Gäste – 2,3%
- Flughafenhotels stark betroffen – 12,8%
- Segmente
  – 5 Sterne – 7,9%
  – 4 Sterne – 6,0%
  – 1 bis 3 Sterne – 3,3%

Quelle: A. Witschi, Steigenberger Hotels AG.

Mit einem Anteil von rund 22% an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und 29% aller Erwerbstätigen bewähren sich die öffentlichen und persönlichen Dienste in Deutschland somit in der schweren globalen Krise als bedeutender Hort binnenwirtschaftlicher Stabilität.

Konjunkturelle Perspektiven im Hotelsektor

Ergänzend zu der statistischen Analyse der verschiedenen Dienstleistungsbranchen berichtete aus erster Hand André Witschi, der Vorstandsvorsitzende der Steigenberger Hotels AG, über die Lage und die Perspektiven im Hotelgewerbe. Zunächst informierte Herr Witschi über das eigene Unternehmen. Nach fast 70 Jahren im Besitz der Gründerfamilie Steigenberger wurde die Steigenberger Hotels AG in diesem Jahr von der ägyptischen Travco Group International Holding S.A.E. übernommen. Es handelt sich bei dieser ägyptischen Firma um eines der größten Touristikunternehmen im Nahen Osten.

Was die Branche insgesamt betrifft, gibt es in Deutschland (Stand: 2008) 33 824 Hotels mit insgesamt 1,62 Mill. Betten und 358 868 Beschäftigten. Der Nettoumsatz lag 2008 bei 16,6 Mrd. €.

Die Hotellerie ist eine konjunktursensible Branche. Im Zuge der jüngsten Krise kam es zu deutlichen Rückgängen in Belegung, Zimmerpreis und Ertrag (vgl. Tab. 7).

Besonders betroffen davon sind die Stadthotellerie im sog. Upscale- und Upper-Upscale-Segment an Businessstandorten sowie die Fughafen- und Tagungshotels.

Für 2010 rechnet die Branche mit einer tendenziellen Erholung im Geschäftskundensegment, was mit der sich allmählich bessernden Exportkonjunktur und generell den Erholungstendenzen in den meisten anderen Wirtschaftszweigen begründet wird, wodurch Umfang und Dauer der Geschäftsreisen zunehmen sollten. Als Risikofaktoren für das Jahr 2010 werden vor allem das Auslaufen der Konjunkturprogramme sowie steigende Arbeitslosenzahlen gesehen, die im Endkundensegment zu einer Geschäftsabschwächung führen könnten. Positiv ist, dass die neue Regierungskoalition in Deutschland ab Anfang 2010 einen reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7% in der Hotellerie einführen will an Stelle des bis jetzt geltenden Vollsteuersatzes von 19%.

Ergänzend zum Referat von André Witschi berichtete Jacques Borel, der Gründer der französischen Hotelgruppe ACCOR und heutiger Geschäftsführer von »club tva« in Paris über erste Erfahrungen mit der in Frankreich am 1. Juli 2009 von 19,6 auf 5,5% gesenkten Mehrwertsteuer im Gaststättensektor (Ausnahme: alkoholische Getränke). In den ersten drei Monaten nach Einführung dieser Maßnahme haben in Frankreich zwischen 45 und 50% der Restaurants ihre Preise gesenkt. Im Durchschnitt der Branche gingen die Preise um 1,45% zurück.

Interessanter als dieser Durchschnittswert ist das Verhalten einiger wichtiger Gruppen im französischen Gaststättenmarkt: So haben 90% der französischen Gaststättengruppen, auf die ein Marktanteil von rund 30% entfällt, nach der Mehrwertsteuersenkung ihre Preise um 4,7% gesenkt. Nicht zuletzt dank dieser Maßnahme konnten sie ihren Umsatz um 5,5% steigern. Umgekehrt hat von den unabhängigen Einzelgaststätten, die 70% des französischen Marktes repräsentieren, nur etwa jeder Dritte die Preise gesenkt, was sich in der Weise rächte, dass die selbständigen Restaurants gegenüber Juli rund 7% Umsatz verloren.

Es bestätigt sich damit die Erkenntnis aus früheren Studien (z.B. von Copenhagen Economics), dass es fast zwei Jahre dauert, bis eine Mehrwertsteuersenkung weitgehend an den Konsumenten weitergegeben wird. Von den kleineren Restaurantbetrieben, die sich nicht dem Preiswett-

bewerb stellen, wird – nach Borel – sicher ein Teil vom Markt verschwinden. Der französische Minister für Tourismus, Hervé Novelli, hat daher eindringlich alle Restaurantbesitzer in Frankreich aufgefordert, einen großen Teil der Mehrwertsteuersenkung im Preis weiterzugeben, und zwar im eigenen Interesse, da sie sonst vom Markt bestraft werden könnten.

Frühere Untersuchungen von Borel in verschiedenen Ländern haben gezeigt, dass nach einer Anlaufperiode von gut einem Jahr etwa 50% einer Mehrwertsteuersenkung im Preis weitergegeben worden sind, 15% wurden zur Steigerung der Angestelltengehälter verwendet, 10% für ein besseres Personaltraining, 15% für mehr Investitionen und 10% zur Ausweitung der Gewinnmarge.

Erfolgsfaktoren im Dienstleistungsgeschäft der Industrie

Zu diesem Thema referierte Hermut Kormann, der lange in verschiedenen Funktionen in der Industrie tätig war, zuletzt als Vorsitzender des Familienunternehmens Voith AG, das im Maschinenbau tätig ist. Kormann zeigte an Beispielen, dass sich Industriekonzerne im Dienstleistungsgeschäft oft schwer tun. Während nämlich im industriellen Bereich eine exakte Qualitätsprüfung und -steuerung möglich ist, stellt sich die bei Serviceabteilungen wesentlich komplizierter dar. Der Kern der Serviceleistung lässt sich so umreißen:

- eine gleichbleibende, wohldefinierte Leistung an den Gütern des Kunden – in den Räumen des Kunden, in Zusammenarbeit mit dem Personal des Kunden;
- Erbringen dieser Leistung mit den so unterschiedlichen Individuen in täglich gleicher Performance;
- Schaffung eines Mehrwerts für den Kunden (z.B. Verfügbarkeit);
- Einhaltung der Vorschriften und Gesetze.

Der Erfolgsfaktor einer Dienstleistung im Absatz beruht vor allem auf Vertrauen.

Ein Problem haben viele Industrieunternehmen auch mit der anderen Führungskultur in Dienstleistungsunternehmen. Während in Industrieunternehmen eine Führungsspanne (Span of Control) von über 50 Personen häufig erfolgreiche Praxis ist, lässt sich dies in Dienstleistungsunternehmen realistischerweise nicht praktizieren. Das Dienstleistungsgeschäft verlangt direkte Führung der Sachbearbeiter. Vieles hängt vom dezentralen Leiter ab, denn er ist der Unternehmer »vor Ort«. Und nicht zuletzt sind viele Dienstleistungssparten von Industrieunternehmen deshalb fehlgeschlagen, weil das Grundprinzip eines erfolgreichen Dienstleisters nicht beherzigt wurde: *Das Dienen kommt vor dem Verdienen.*

Der Tagungsband des ifo Branchen-Dialogs vom 26. Oktober 2009 mit der Analyse und der Prognose der konjunkturellen Entwicklung in der Gesamtwirtschaft und in wichtigen Branchen (Industrie, Handel, Bauwirtschaft, Dienstleistung) ist zum Preis von 100 Euro + MwSt. beim ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Poschingerstraße 5, 81679 München, mailto:branchendialog@ifo.de zu beziehen.